



35. Landesparteitag
der CDU Mecklenburg-Vorpommern
29./30. November 2019, Ostseebad Binz

„Grundsatzprogramm der CDU Mecklenburg-Vorpommern“

(beschlossen auf dem 35. Landesparteitag der CDU Mecklenburg-Vorpommern
am 29./30. November 2019 im Ostseebad Binz)

Inhalt:

Einleitung zum Grundsatzprogramm der CDU Mecklenburg-Vorpommern.....	1
I. Unsere Präambel ist das christliche Menschenbild.....	2
II. Unser Selbstverständnis als Partei.....	7
Eine pluralistische Volkspartei als gemeinsamer Markenkern.....	7
Eine heimatverbundene Landespartei für Mecklenburg-Vorpommern	8
Eine verankerte Kommunalpartei für Fragen vor Ort.....	8
Eine integrierende Mitgliederpartei für alle Menschen	9
Eine offene Zukunftspartei für das 21. Jahrhundert	9
III. Unsere Leitsätze für Politik in Mecklenburg-Vorpommern	11
Die Städte und Gemeinden des Landes.....	11
Das Leitbild der sozialen Marktwirtschaft	12
Die Vielfalt der Bildung	15
Das Verständnis von Familie und Soziales.....	18
Der Einsatz für Sicherheit und Recht	21
Der Auftrag für Natur, Umwelt und Verkehr	24
Unsere Heimat Mecklenburg-Vorpommern.....	27
Anlagen.....	31
Mitglieder der Arbeitsgruppe zum Grundsatzprogramm.....	32
Sitzungen der Arbeitsgruppe und Veranstaltungen zum Grundsatzprogramm	33

Einleitung

Grundsatzprogramm der CDU Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg-Vorpommern hat sich in den vergangenen 30 Jahren gut entwickelt. 2019 und 2020 stehen im Zeichen des 30jährigen Doppeljubiläums von Friedlicher Revolution und Deutscher Einheit. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern hat den Prozess der Landesentwicklung verantwortungsvoll mitgestaltet. Nach der Phase der Transformation, die für viele Menschen mit großen Veränderungen einherging, und nach der Phase einer „rot-roten“ Stagnation mit hoher Arbeitslosigkeit und Abwanderung um die Jahrtausendwende, ist Mecklenburg-Vorpommern im vergangenen Jahrzehnt große Schritte vorangekommen.

2019 ist die Abwanderung gestoppt, die Arbeitslosigkeit auf dem niedrigsten Stand seit 1990, die Schulden des Landes werden abgebaut und der Landtag hat im Dezember 2017 mit dem Doppelhaushalt 2018/19 erstmals ein Budget von über acht Milliarden Euro verabschiedet, der Doppelhaushalt 2020/21 setzt diesen Kurs fort. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern hat durch die Regierungsbeteiligung seit 2006 als Stabilitätsanker der Großen Koalition einen erheblichen Anteil an dieser Entwicklung. Diese unbestrittenen Erfolge des Landes stimmen optimistisch und stolz.

Dennoch darf sich eine verantwortungsbewusste Politik nicht auf den Erfolgen von gestern ausruhen, sondern muss sie als Ansporn für die Arbeit von heute und die Wege der Zukunft begreifen. Dies gilt zuvorderst in Zeiten der Veränderung und den wachsenden Wünschen der Bevölkerung nach Sicherheit und Orientierung. In diesem Zusammenhang haben wir, die CDU Mecklenburg-Vorpommern, auf dem Landesparteitag im November 2017 den Schritt für das erste Grundsatzprogramm der Partei gewagt. Als Selbstvergewisserung werden die eigenen Prinzipien im Programm formuliert und für zukünftige „Leitplanken“ der eigenen Politik nutzbar gemacht.

Das Grundsatzprogramm soll über Wahltermine hinaus eine Orientierung für die Partei und ihre Mitglieder sein. Der Wirkungshorizont richtet sich nicht kurzfristig auf eine Wahl aus, sondern geht über die schlichten Periodisierungen der Landespolitik hinaus. Politik und ihr Inhalt dürfen sich nicht auf Wahltage konzentrieren, Politik muss langfristig gedacht werden und auf Grundsätzen beruhen.

Wir haben uns für das Programm Zeit genommen, in der einberufenen Arbeitsgruppe intensiv beraten, Themenpapiere erstellt und sie gemeinsam vor Ort in den Kreisverbänden diskutiert. Jedes Mitglied konnte sich einbringen – online oder analog – wiederkehrend in den unterschiedlichen Phasen der Programmerstellung. Auf diesem Weg haben wir unsere Schwerpunkte und Grundüberzeugungen gemeinsam gefunden.

Wir haben zusammen 36 Leitsätze erarbeitet, sie leiten uns durch das Programm. Sie spiegeln Selbstverständnis und Wertegerüst der Partei sowie Perspektiven für die zentralen Themenfelder des Landes wider. Jeder Satz für sich allein ist nur ein kleiner Gradmesser. Zusammen aber sind sie mehr, sie verbinden die Kapitel und sie sind unser Grundsatzprogramm in 360 Grad: Sie sollen unser gemeinsamer politischer Kompass sein!

I. Unsere Präambel ist das christliche Menschenbild

Das christliche Menschenbild steht am Anfang unseres Programmes, weil es für uns Grundlage aller politischer Handlungen ist. Wir sind Christdemokratinnen und Christdemokraten und orientieren uns an Werten, die wir im christlichen Menschenbild finden. Diese Werte erscheinen in ihrer Beschreibung manchmal schwer greifbar, aber nur mit ihrer Hilfe können wir politische Einzelentscheidungen zu einer grundsätzlichen politischen Haltung verknüpfen.

Unsere Leitsätze:

1. Wir stehen für eine humane Politik, die wir aus dem christlichen Menschenbild ableiten!
2. Wir handeln ohne Ideologie, unsere Idee der Gesellschaft entspringt aus den Werten des christlichen Menschenbildes!
3. Wir bevormunden nicht, sondern stärken Freiheit und Eigenverantwortung des Einzelnen!

Der Mensch steht im Mittelpunkt unserer Politik, seine Erwartungen, seine Hoffnungen, seine Sorgen. In Mecklenburg-Vorpommern leben heute Menschen unterschiedlicher Herkunft, kultureller Prägung und Weltanschauung zusammen. Im Angesicht der großen Vielfalt an Lebensauffassungen und Lebensplänen, die unabhängig voneinander ihre Berechtigung haben, sind gemeinsame Wertevorstellungen Fundament und Rahmen unseres Handelns. Sie speisen sich aus der historischen Erfahrung und grundlegenden ethischen Koordinaten. Daran halten wir als Basis humaner Politik fest.

Identität, Tradition, Innovation

Die Würde des Menschen – auch des Ungeborenen und des Sterbenden – ist unantastbar. Die Achtung der Würde der Toten geht damit einher. Politische Entscheidungen sind immer daran zu messen, ob sie den Menschen und sein Wohl in den Mittelpunkt stellen. Das christlich geprägte Bild vom Menschen, seiner persönlichen Freiheit und seiner Verantwortung auch gegenüber dem Nächsten, ist Grundlage unseres Selbstverständnisses. Daraus ergibt sich für uns die Verpflichtung zu einem sozialen und gerechten Staat. Die CDU steht „mitten im Leben“. Wir ringen um die besten Lösungen, indem wir Unterschiedlichkeit und Vielfalt der Meinungen wertschätzen und viele Menschen politisch auf einem festen Wertefundament vereinen.

Nach der Katastrophe des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs haben sich in der CDU Deutschlands Christen beider großer Konfessionen zu einem demokratischen Neuanfang zusammengefunden. Im Mittelpunkt stand der Wiederaufbau des Landes.

In Mecklenburg-Vorpommern folgte nach Überwindung der SED-Diktatur im Herbst 1989 der Wandel zu Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft. Diese Geschichte bleibt für uns Verpflichtung.

Wir wissen um die Begrenztheit menschlicher Möglichkeiten. Menschliche Erkenntnis bleibt immer vorläufig und fehleranfällig, menschliches Handeln unvollkommen. Daher stehen wir Ideologien und Utopien kritisch gegenüber. Wir wollen auf dem jeweiligen Stand des Wissens Schritte zur Verbesserung ableiten. Das erfordert Geduld und Zähigkeit, Dialog und Kompromissbereitschaft. Eigene Positionen müssen kritisch überprüft werden. Dazu dient die durch Meinungsvielfalt geprägte, kritische und kontroverse Auseinandersetzung mit unseren eigenen Positionen, die wir fördern und pflegen wollen. Wir stehen für einen wirklichkeitsnahen Politikstil. Um ein würdevolles

Leben zu ermöglichen, ist für unsere Politik das Bemühen um Ausgewogenheit, Maß und Mitte entscheidend.

Wir sind im Land auf allen Ebenen verankert und präsent. In den Kommunen wirken wir bei der Selbstverwaltung mit und gestalten das unmittelbare Lebensumfeld unserer Bürger. In Land und Bund setzt die CDU die entscheidenden Rahmenbedingungen. Heimatgefühl und Weltoffenheit, Geschichtsbewusstsein und Lust auf Zukunft, Pflege von Tradition und Schaffen von Innovation: Das sind für uns keine Gegensätze. Menschen, Gesellschaften und Nationen leben in dieser fruchtbaren Spannung. Die Verankerung in einer Familie, in einer Region, der Stolz darauf: Das ist nicht von gestern. Es ist vielmehr die Voraussetzung für den freien Blick in die Welt des 21. Jahrhunderts mit den Herausforderungen von Digitalisierung, Migration, Globalisierung und Klimawandel. Die über 1000jährige Geschichte in Mecklenburg und Vorpommern mit ihrer besonderen Mischung aus Bodenständigkeit und hanseatischem Geist macht heute Mut zu Neuem. Tradition und Innovation, Bewahrung durch Erneuerung: Das ist die Haltung, mit der wir, die CDU für Mecklenburg-Vorpommern, Politik machen wollen.

Personalität, Freiheit, Menschenwürde

Die christliche Glaubenstradition begreift den Menschen als Ebenbild Gottes. Mit Vernunft begabt und zur Freiheit bestimmt, sind wir in die Lage versetzt, die Erde als Lebensraum zu gestalten. Dem Menschen ist die Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung übertragen. Hiermit verbunden ist die grundlegende Wertschätzung von Wirtschaft, Arbeit, Technik und Wissenschaft. Arbeit dient nicht nur dem Lebensunterhalt, sondern gibt dem Leben Würde, gesellschaftliche Teilhabe und Erfüllung. Wissenschaftlicher, technischer und wirtschaftlicher Fortschritt sind dazu da, diesem Auftrag gerecht zu werden und unser Leben zu erleichtern und zu bereichern.

Jeder Mensch ist eine einmalige und unverwechselbare Person und mit einer gleichen und unverlierbaren Würde ausgestattet. Sie umfasst das ganze Leben vom Anfang bis zum Ende und bedarf des besonderen Schutzes von Staat und Gesellschaft. Dieser Schutz gilt vor allem den Wehrlosen und Schwachen, den ganz Jungen und den Alten, den Pflegebedürftigen und den Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen. Ihre Teilhabe am Leben muss ermöglicht und gesichert werden.

Die Freiheit des Glaubens, des Denkens und der persönlichen Selbstbestimmung ist ein unveräußerliches Menschenrecht. Da Freiheit aber in Verantwortung eingebettet sein muss, findet sie ihre Grenzen in den Rechten anderer. Religionsfreiheit und Pressefreiheit, aber auch die Meinungs- und Koalitionsfreiheit sind für ein demokratisches Gemeinwesen unverzichtbar. Der Erfolg in Freiheit getroffener Entscheidungen ist ungewiss und kann nicht garantiert werden. Dies beinhaltet die Möglichkeit des Scheiterns. Daraus ergibt sich die Verantwortung für das eigene Handeln, die eigene Person, die eigene Familie.

Wir wissen, Freiheit ist nicht selbstverständlich. Als Garant der Menschenwürde war sie durch zwei Diktaturen des 20. Jahrhunderts unterdrückt. Trotzdem ist es gelungen, die Fesseln der Unfreiheit zu lösen und die Mauern zu durchbrechen. Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern, auch aus unserer Partei, haben daran ihren Anteil oder haben sich gegen Unrecht aufgelehnt, wie beispielsweise Siegfried Witte. Wir alle können stolz sein auf diese Geschichte und sollten immer wieder an sie erinnern. Jeder Mensch hat heute das Recht, in freier Entscheidung sein eigenes Glück zu suchen.

Freiheit und Verantwortung: Zwischen diesen beiden Polen ist der Mensch sowie sein Eigentum gestellt. Menschliche Freiheit ist in soziale und natürliche Zusammenhänge eingebettet. Wer frei handelt, dem wird sein Handeln zugerechnet. Wer die freiheitlichen

Grundrechte in Anspruch nimmt, muss dafür auch geradestehen. Rechte bedeuten immer zugleich auch Pflichten. Freiheit ist daher unlöslich mit der Verantwortung für das Gemeinwohl verbunden.

Ein Handeln mit Tugenden: Jeder Mensch soll sich seiner Fähigkeiten, seiner Talente, seiner Schwächen und seiner Rechte bewusst werden. In diesem Bewusstsein der eigenen Stärke und des eigenen Wertes sollen Entscheidungen eigenverantwortlich getroffen werden. Hierzu muss sich jeder eine Meinung bilden und seinen Verstand einsetzen. Der Staat hat sich hierbei nicht einzumischen und individuelle Meinungen zu akzeptieren und zu respektieren. All dies gilt im Bewusstsein der Fehlbarkeit des Menschen. Jeder kann irren. Deshalb gehören Selbstbewusstsein und Demut zusammen. Von jedem selbstbewussten Bürger muss auch erwartet werden, kritisch und zweifelnd auf die eigenen Ansichten zu blicken und so Fehler und Irrtümer zu korrigieren und einen Erkenntnisprozess zu durchlaufen. Dies gilt in besonderer Weise für unsere eigene Politik und die Verantwortungsträger in unserer Gesellschaft.

Solidarität und Gerechtigkeit

Der Mensch ist ein soziales Wesen. Menschen leben in Beziehungen zu anderen und tragen Verantwortung füreinander, insbesondere für die nachkommende Generation. Die Familie bildet die Keimzelle der Gesellschaft. Hier wird erfahren, was es bedeutet, ein Mensch zu sein und als Mensch zu leben.

Die Familie ermöglicht individuelle Verwirklichung und das Zusammenleben von Generationen. Sie schafft die Voraussetzung für das gelingende Aufwachsen von Kindern. Wo Eltern und Kinder zusammen leben, da ist Familie. Kinder sind ein Segen und bedeuten Zukunft. Es bedarf für gelingende Erziehung von Kindern einer neuen Balance zwischen Beruf und Familie, für Frauen und für Männer. Bildung muss ganzheitlich „von klein auf“ gedacht werden. Sie beginnt mit der Beziehung von Eltern und Kindern. Diese braucht vor allem eines: Zeit.

Die Ehe genießt den besonderen Schutz des Staates. Sie ist aber nicht das alleinige Modell, nach dem Menschen leben. Wir respektieren andere und neue Modelle des Zusammenlebens.

Die historische Erfahrung lehrt: Keine Gesellschaft kann ohne inneren Zusammenhalt und Solidarität leben und überleben. Die Solidarsysteme, insbesondere die Sozialversicherungen, sind ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft und Errungenschaften unseres Staates. Ein gerechter Ausgleich legitimer unterschiedlicher Bedürfnisse und Interessen ist daher unabdingbar.

Die Solidarität der Menschen untereinander begrenzt den Egoismus einzelner Personen oder gesellschaftlicher Gruppen. Jeder trägt Verantwortung für seine Mitmenschen. Entscheidend dabei ist die freiwillige und uneigennützigte Zuwendung zum Nächsten, die sich an den eigenen Möglichkeiten orientiert. Solidarität setzt keine Bedürftigkeit voraus, sondern gilt für jedermann. Auf dieser warmherzigen Haltung beruht der gesellschaftliche Zusammenhalt, alles ehrenamtliche Engagement und ein freies, friedliches und rücksichtsvolles Miteinander. Jeder Mensch kann zu unserem Nächsten werden und auf unsere Hilfe angewiesen sein. Auch wir möchten uns im Notfall auf andere verlassen können.

Zuwendung findet in erster Linie in der Familie, im Freundeskreis, im persönlichen Lebensumfeld der örtlichen Gemeinschaft statt. Sie muss aber auch in größeren Zusammenhängen der Gesellschaft eine Rolle spielen. Wie können wir einander am besten dienen, ist die Frage, die uns dabei antreiben soll.

Diese Frage soll sich im staatlichen Handeln wiederfinden. Wir sehen den Staat mit einem Solidaritätsgedanken ausgestattet, der zuvorderst die zwischenmenschliche Solidarität fördern soll und nicht zu einem Anspruchsdenken in der Bevölkerung beiträgt.

Ziel jeder Hilfe muss es sein, den Menschen in der eigenverantwortlichen und selbstbewussten Wahrnehmung seiner Freiheitsrechte zu stärken. Jede Unterstützung durch den Staat im weitesten Sinne setzt die Erwartung von Mitwirkung und eigenem Engagement voraus, um die Hilfsbedürftigkeit möglichst schnell zu beenden. Hilfebedürftigkeit darf keine eigene Attraktivität entwickeln. Und Gerechtigkeit bedeutet in diesem Zusammenhang nicht das Angleichen von Unterschieden, sondern das Ermöglichen von Chancen und Leistungsgerechtigkeit.

Christdemokratische Politik übt Solidarität gegenüber den Schwächeren, bevormundet die Menschen aber nicht. Die besondere Verbindung von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit ist die Basis für eine zukunftsfähige Entwicklung der Gesellschaft. Sie ist leitend für die Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und von allen zu respektieren.

Solidarität bedeutet für uns in Mecklenburg-Vorpommern auch Ausgleich von Stärken und Schwächen zwischen Kommunen und Regionen unseres Landes und in ganz Deutschland. Zudem: Deutschland alleine kann seine und die Probleme der Welt nicht lösen. Es bedarf daher der europäischen und internationalen Abstimmung und Solidarität, um allen Menschen dort, wo ihre Heimat ist, ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Dabei bleiben das Recht auf Asyl und der Schutz von Kriegsflüchtlingen unbestritten.

Subsidiarität

Was der Einzelne, was Private und kleine Gemeinschaften selbst leisten und regeln können, soll ihre Aufgabe sein; das soll der Staat nicht übernehmen. Wir wollen die kleinen Einheiten, die Familien, die freiwilligen Zusammenschlüsse stärken und bürgerschaftlichen Einsatz fördern. Denn Menschen und Gruppen von Menschen bauen in ihrer Vielfalt die Gesellschaft auf. Wir wollen sowohl eine Gesellschaft als auch einen Staat, die sich von unten organisieren. Und wir wollen einen Staat, der sich von unten organisiert.

Im Aufbau des Gemeinwesens gilt daher das Prinzip der Subsidiarität. Was vor Ort entschieden werden kann, soll auch vor Ort, in den Städten und Gemeinden, entschieden werden. Dies gilt mit besonderem Blick auf die Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes.

Die „höheren“ staatlichen Verantwortungsebenen haben eine ordnende und sichernde, insgesamt aber dienende und helfende Funktion. Das muss auch in der Finanzausstattung der unteren Ebenen zum Ausdruck kommen. Erst wenn sie keine befriedigenden Ergebnisse erzielen können, wollen wir der nächsthöheren Stelle die Aufgabe übertragen.

Unser Anspruch ist, dass sich staatliches und politisches Handeln nah am Bürger orientieren muss. Die Bürger früh in Verfahren und Entscheidungen einzubeziehen und möglichst stark an der Verantwortung für die Lösung der Probleme zu beteiligen, ist unser Ziel. Wir stehen für bürgernahe Verwaltung und für eine starke Selbstverwaltung. Je enger der Kontakt der Bürger zur Selbstverwaltung, umso besser. Wir betrachten kleine Strukturen als einen Schatz, der Individualität, Vielfalt, Nähe des Staates und Gemeinsinn hervorbringt. Dies zu erhalten und zu fördern muss uns etwas wert sein.

Das Prinzip der Subsidiarität gilt auch im Verhältnis der Länder und des Bundes zur Europäischen Union. Diese verfolgt als Gemeinschaft von Staaten eine immer engere Union der Völker Europas. Schritte zu einem immer enger verbundenen und geeinten Europa können nur gelingen, wenn Kommunen, Regionen und Mitgliedstaaten weiter die

Dinge gestalten können, bei denen sie die größere Sachnähe haben. Ein Europa, das in Vielfalt geeint ist, bietet dafür die besten Möglichkeiten. Es wahrt die Rechte des Einzelnen im Bewusstsein der Verantwortung für die zukünftigen Generationen.

Nachhaltigkeit und Bewahrung der Schöpfung

Wir Menschen sind wesentlich verantwortlich für die Schöpfung, also das Ökosystem Erde mit seiner Natur und mit der Vielfalt alles Lebendigen. Biodiversität ist die Grundlage unserer Existenz. Tier- und Umweltschutz sind für uns ethischer Anspruch. In alledem gilt der Grundsatz der Nachhaltigkeit. Wir wollen mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen sorgsam umgehen und das reichhaltige Naturerbe unserer Heimat für künftige Generationen erhalten.

Es muss zwischen der menschlichen Gesellschaft und der Natur eine Ausgewogenheit von Geben und Nehmen herrschen. Dies setzt den Einklang mit der Schöpfung und eine Nachhaltigkeit in der Nutzung der natürlichen Ressourcen voraus. Unser Ziel ist ein stabiles und langlebiges, auf Kreisläufen beruhendes System. Dies leitet uns bei Fragen des Klimawandels von der Begegnung seiner Ursachen bis zum Umgang mit seinen Folgen. Daran wollen wir unser politisches Handeln bei der Nutzung der natürlichen Ressourcen ausrichten.

Wir können nicht auf Dauer über unsere Verhältnisse leben, denn wir haben nur diese eine Erde. Sie ist das gemeinsame Haus, in dem wir leben. Nur ein schonender Umgang mit den endlichen Ressourcen der Erde schafft einen Wohlstand, der gerecht ist und auch anderen Völkern Chancen gibt, Wohlstand zu entwickeln.

II. Unser Selbstverständnis als Partei

Unser Selbstverständnis als CDU Mecklenburg-Vorpommern erwächst aus verschiedenen Facetten, die nur zusammen eine Antwort auf das „Wer sind wir?“ liefern können. Mitglieder und Mandatsträger arbeiten in Mecklenburg-Vorpommern in unterschiedlichen Vereinen und Verbänden, in Gemeinden und Städten, in den Kreisen und auf Landesebene. Sie engagieren sich für Mecklenburg-Vorpommern auf Bundesebene und im Rahmen der EU. Sie alle verbinden mit ihrem Engagement unterschiedliche Ansätze, Perspektiven und Grundprinzipien. Unsere Stärke resultiert daraus, diese Vielfalt programmatisch und im aktiven Handeln zum Ausdruck zu bringen.

Eine pluralistische Volkspartei als gemeinsamer Markenkern

4. Wir sind als Volkspartei mehr als die Summe unserer Teile, da wir Positionen zusammenführen anstatt auszugrenzen!
5. Wir sind nur gemeinsam stark und brauchen alle Strömungen der Partei, um Mehrheiten zu erreichen!
6. Wir machen allen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ein inhaltliches Angebot und handeln nicht nach Einzelinteressen!

Wir sind eine *Volkspartei*, dazu bekennen wir uns. Wir sind – vom Selbstverständnis programmatisch und personell und faktisch durch Wahlergebnisse und Mitgliederzahlen – die einzige Volkspartei in unserem Land. Wir haben den Anspruch, über eine ideologiefreie Politik, die Interessen und Fragen aller Bevölkerungsgruppen aufzunehmen und Problemstellungen der Landesentwicklung mit eigenen Lösungsansätzen entgegenzutreten. Im Unterschied zu anderen Parteien, die Partikularinteressen vertreten, geben wir über ein Vollprogramm seit 1990 Antworten auf alle Themenfelder des Landes und auf Fragen der Menschen.

Die Programme zu den unterschiedlichen Wahlen entstehen aus den Beiträgen der Kreisverbände und der Vereinigungen bis zum einzelnen Mitglied. Die unterschiedlichen Perspektiven, Interessen und Erfahrungen werden im Programmprozess zusammengeführt. Dies erfolgt über Kompromisse, die als Ergebnisse der demokratischen Willensbildung elementar sind. Nur so schaffen wir gesellschaftliche Mehrheiten für unsere Politik. Es gibt keine konservative Mehrheit, keine liberale Mehrheit und keine christlich-soziale Mehrheit, aber wir führen Menschen und Positionen zusammen. In der Unterschiedlichkeit der Teilinteressen ist der Markenkern das Verbindende der Union: Eine Volkspartei mit drei starken und klar profilgebenden Strömungen: christlich-sozial, liberal und konservativ. Diese drei Ansätze funktionieren nur zusammen, und nur gemeinsam sind sie unsere Stärke. Wir ermutigen Mitglieder, Position zu beziehen, dies alles aber nicht aus Eigeninteresse, sondern für die Partei als Ganzes. Kein Teilbereich spricht für die gesamte Partei, nur zusammen sind wir Volkspartei.

Eine heimatverbundene Landespartei für Mecklenburg-Vorpommern

7. Wir sind in Mecklenburg und Vorpommern fest verankert und handeln als Partei für das gesamte Land!
8. Wir lieben unsere Heimat als Nord- und Ostdeutsche, als Bürger der Bundesrepublik Deutschland und als Europäer!

Wir sind eine *heimatverbundene Landespartei* mit Herz für unsere Identität, Natur und Kultur im ganzen Land, für Mecklenburg und Vorpommern. Wir sind hier zu Hause und kennen unsere Heimat. Wir sind eine Partei von hier, weil unsere Mitglieder hier sind: Vor Ort in den Städten, Dörfern und Gemeinden. Wir kennen und leben die Traditionen unseres Landes, in Mecklenburg und in Vorpommern. Die Identität der Landesteile ist uns wichtig, als Partei führen wir sie zusammen, denn der Bindestrich ist für uns kein Trennzeichen, sondern er ist eine Brücke. Eine Brücke, die unsere Eigenständigkeit als Bundesland sichert, wovon wir als Partei nie abrücken werden.

Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sind Norddeutsche und wir kennen den Norden, wir stehen für ein Mecklenburg-Vorpommern ein, das selbstbewusst seine Rolle als norddeutsches Bundesland lebt in Kooperation mit Schleswig-Holstein und Hamburg oder auch unseren Partnern im südlichen Ostseeraum von Dänemark über Schweden bis nach Polen. Wir erinnern dabei an dunkle und helle Stunden der deutschen Geschichte und haben eine besondere Verbundenheit zu den anderen ostdeutschen Ländern. Die gemeinsame Erfahrung der SED-Diktatur verbindet uns. Wir Christdemokraten sind gegen Verklärung und betonen Aufarbeitung und Unrechtsbewusstsein. Wir setzen uns für die Bewahrung von Traditionen ein, wir schützen und pflegen unsere kulturellen Schätze.

Mit dem Bewusstsein für Heimat, Tradition und Identität machen wir Mecklenburg-Vorpommern zu unserer Heimat und für uns Mecklenburger und Vorpommern zu einem Anker in einer Welt im Wandel. Dieser Sicherheit fühlen wir uns als Landespartei verpflichtet.

Eine verankerte Kommunalpartei für Fragen vor Ort

9. Wir denken das Land von den Gemeinden aus, um Vielfalt zu wahren!
10. Wir sind in jeder Gemeinde verankert und können vor Ort gemeinsam die besten Lösungen finden!

Wir sind eine *verankerte Kommunalpartei* mit Antworten auf Fragen vor Ort, für die Bürger in den Städten und Gemeinden. Unsere Partei ist geprägt durch die vielen Engagierten vor Ort in den Gemeindevertretungen, den Stadträten oder den Kreistagen. In jeder Gemeinde haben wir mit unseren Mitgliedern ein Gesicht, wir hören zu und setzen uns ein für die Fragen und Bedürfnisse unserer Mitmenschen.

In über 700 politisch eigenständigen Städten und Gemeinden gehen wir diese Aufgabe engagiert an, was unser Verständnis von Politik prägt: Entscheidend ist die Situation vor Ort. Hier können wir Themen gemeinsam gestalten, anpacken für unseren Ort, unsere Gemeinde, unsere Nachbarn und unsere Familien. Nicht die großen Programme und die umfassenden Landesgesetze machen am Ende einen Unterschied, wenn die Menschen vor Ort das Gefühl haben, nichts verändern zu können.

Subsidiarität, Vielfalt und Gemeinsinn sind unsere Werte als Kommunalpartei. Wir vertrauen auf die Menschen vor Ort, die gemeinsam die beste Lösung für ihre Gemeinde finden können. Wir achten die Vielfalt unserer Gemeinden und erteilen pauschalen

Einheitslösungen, die zentral entworfen werden, eine Absage. Unser Verständnis von Subsidiarität setzt auf die Vielfalt der Kommunen. Auf Landesebene setzen wir nur den Rahmen, damit sich diese Vielfalt gut und gleichwertig entwickeln kann. Die Gemeinden sind Ursprung und Ausgangspunkt unserer Politik. Dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet, schützen wir in der Gesellschaft die Rolle und die Rechte von Familien, wir geben ihnen selbstbestimmten Entwicklungsraum und schreiben keine Lebenswege vor.

Eine integrierende Mitgliederpartei für alle Menschen

11. Wir bauen auf unsere Mitglieder, sie sind unser Gesicht vor Ort!

12. Wir sind eine Partei für alle Generationen und nutzen das Wissen und die Erfahrung für unsere Politik!

Wir sind eine *integrierende Mitgliederpartei* für alle Generationen. Wir suchen Lösungen auf Fragen für alle Menschen, egal welchen Geschlechts, welchen Alters oder welcher Herkunft.

Wir bauen auf unsere Mitglieder, sie sind für uns die Erdung in der Gesellschaft. Sie sind Verbindung in die Gemeinden des Landes, in die Firmen und Unternehmen, in die Vereine und Verbände. Jedes Mitglied ist wichtig. Seine Rolle zu stärken und seine Ideen und Interessen zu integrieren, ist für uns oberstes Organisationsgebot.

Zur Strukturierung dieser Aufgabe verfügen wir über die wichtigen Teilorganisationen der Partei, sei es mit Blick auf die Generationen, die Geschlechter oder Interessenschwerpunkte.

Verantwortung, Solidarität und Gerechtigkeit sind unsere Werte als Mitgliederpartei. Der Einsatz für Familien und eine kinderorientierte Politik fasst dabei alle drei Werte zusammen. Familienpolitik ist für uns Querschnittsfeld; in unserer Partei finden wir alle Teile der Familie. Gerechtigkeit ist für uns Chancengerechtigkeit, Inklusion und Bildung sind hier Triebkräfte, diesen Gerechtigkeitsbegriff mit Leben zu füllen. Wir stehen für die Gleichwertigkeit von Bildungswegen ein, die unterschiedlichen Formen finden sich in unserer Partei wieder, sie werden über die Mitglieder repräsentiert und erhalten Eingang in die Willensbildung der Partei.

Als Mitgliederpartei äußern wir dieses Selbstverständnis offen, da wir wissen, dass jeder einen Beitrag für den gesellschaftlichen Wohlstand leisten kann. Wir setzen auf die Freiheit und die Verantwortung des Einzelnen und stehen für einen fördernden Staat der nicht bevormundet. Unser Staat gibt nur einen Rahmen für Freiheit in Verantwortung, regelt aber nicht jedes Lebensdetail. Generationengerechtigkeit sichern wir auch über eine solide Finanzpolitik mit Schuldenabbau, die zukünftigen Generationen Handlungsspielräume erhalten und sichern soll.

Eine offene Zukunftspartei für das 21. Jahrhundert

13. Wir begegnen Herausforderungen mit Mut und Optimismus und lassen niemanden zurück!

14. Wir gestalten Veränderungen und fördern Innovationen, die Menschen Zukunftssicherheit geben!

Wir sind eine *offene Zukunftspartei* für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Wir transformieren die Prozesse der Modernisierung und der Globalisierung und machen sie

lebenswert, für alle Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, egal mit welchen Bedürfnisse oder welche Perspektiven sie haben.

Viele Menschen sorgen sich um unsere Welt in ihrem raschen Wandel. Der Blick und die Verantwortung für unsere Heimat geben uns dabei Sicherheit, wir schaffen einen Anker für die Einwohner des Landes. Als Zukunftspartei verweilen wir nicht, sondern wir stärken unsere Heimat, indem wir den Herausforderungen mit Mut und Optimismus begegnen. Demografischer Wandel, Digitalisierung, Migration, Globalisierung, Klimawandel, Terrorismus – wir machen Menschen keine Angst davor, wir klären auf und finden gemeinsam Lösungen. Das ist unser Projekt für die Zukunft des Landes.

Dieses Projekt baut auf Freiheit, Toleranz und Optimismus als Werte einer Zukunftspartei. Die Freiheit des Einzelnen hat für uns höchste Bedeutung für die Zukunftsgestaltung. Wir lehnen ideologische Gesellschaftsentwürfe für das Morgen in Mecklenburg-Vorpommern ab. Wir tolerieren nicht, wenn andere allen einen Lebensweg vorgeben wollen. Die Grenzen der Toleranz zeigen sich auch in der Verantwortung für die Gemeinschaft. Sie ist für uns untrennbar mit der Freiheit des Einzelnen verbunden, die stets zur Verantwortung mahnt.

Sicherheit im Wandel können wir nur geben, indem wir Zukunftsoptimismus leben. Optimismus, dieser Blickwinkel auf Veränderung ist nicht naiv, sondern er ist positive Triebkraft für uns. Wir sind nicht blind für Gefahren, aber wir begegnen ihnen nicht zögerlich oder mit Angst, sondern mit Mut und mit Hoffnung. Uns ist alles gegeben, Aufgaben zu erledigen und Lösungen zu finden. Herausforderungen lassen uns nicht verzagen, sondern sie spornen uns an, daran jeden einzelnen Tag zu arbeiten. Wir haben in den vergangenen 30 Jahren in Mecklenburg-Vorpommern viel erreicht, nicht immer war es einfach und die Herausforderungen waren groß. Doch alle Erfolge bauten auf Optimismus und Hoffnung, dass wir gemeinsam Wege finden. Aus dieser Erfahrung heraus, sind wir auch jetzt geleitet von der steten Hoffnung auf ein besseres Morgen, das wir in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam für uns, unsere Kinder und deren Kinder erreichen können.

III. Unsere Leitsätze für Politik in Mecklenburg-Vorpommern

Die Städte und Gemeinden des Landes

In den Städten, Dörfern und Gemeinden des Landes sind wir zu Hause. Sie sind unterschiedlich, aber alle zusammen bilden die kommunale Ebene, der wir eine sehr große Bedeutung beimessen. Probleme können ebenfalls vor Ort sehr unterschiedlich sein, aber die Bürger wissen meist selbst am besten, wie man ihnen begegnet. Dabei unterstützen wir sie.

15. Wir stärken die kommunale Selbstverwaltung und fördern Eigenverantwortung und Handlungsfreiheit der Gemeinden!
16. Wir stehen für eine vernünftige Haushaltspolitik ohne Schulden und mit finanzstarken Gemeinden!
17. Wir sichern die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in der Vielfalt all unser Gemeindestrukturen!
18. Wir ermutigen die Menschen vor Ort zu handeln und sich zu engagieren, um gemeinsam im Kleinen das Große zu verbessern!

Urbane und ländliche Räume – Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Unterschiedlichkeit und Vielfalt in der Ausgestaltung der kommunalen Strukturen und Verhältnisse sind gewollt und bereichern unsere Gesellschaft. Dazu gehören sowohl Städte mit hoher Einwohnerdichte als auch ländliche Gemeinden mit nur wenigen Einwohnern. Städte und ländlicher Raum haben gegenseitigen Nutzen und sind darauf angewiesen, dass der jeweils andere Teil sich kraftvoll entwickeln kann. Jede Struktur hat ihre eigene Entstehungsgeschichte und ihre besonderen Vor- und Nachteile. Die Individualität macht die verschiedenen kommunalen Lebenswelten einzigartig und prägt das Gefühl, der Heimat in besonderem Maße verpflichtet zu sein. Deshalb haben grundsätzlich alle Gemeindestrukturen, in denen die Bürger Verantwortung durch Engagement übernehmen, eine Daseinsberechtigung. Dies soll nur durch Entscheidungen der Gemeinden selbst verändert werden können. Das Land hat die besondere Pflicht, all diese Strukturen zu stärken und dort gleichwertige Lebensverhältnisse zu ermöglichen. Es hat sein Augenmerk besonders darauf zu richten, dass die Unterschiede in der Lebensqualität und den Entwicklungsmöglichkeiten vergleichbar bleiben. Gleichwertige Lebensverhältnisse setzen die Verfügbarkeit öffentlicher Einrichtungen, Dienstleistungen, kultureller und sportlicher Angebote oder der medizinischen Versorgung voraus.

Kommunale Selbstverwaltung – Grundsatz der Subsidiarität

Städte und Dörfer sind das Gesicht unseres Landes. Das Leben aller Bürger wird bestimmt durch den eigenen Wohn- und Arbeitsort. Wir wollen deshalb, dass sie möglichst umfassend und frei von Weisungen ihre Verhältnisse und Angelegenheiten in ihren Städten und Gemeinden selbst regeln und gestalten können.

Der Staat muss für den Bürger greifbar und nah sein. Wir wollen, dass jeder Bürger die Möglichkeit hat, in großem Umfang über sein unmittelbares Lebensumfeld mitzubestimmen. Wir sehen es als moralische Bürgerpflicht an, diese Möglichkeit verantwortungsvoll, eigenständig und engagiert wahrzunehmen. Deshalb sollen so viele Aufgaben wie möglich auf kommunaler Ebene mit umfassendem Entscheidungsrahmen wahrgenommen werden.

Wir machen uns dafür stark, ausgewählte Aufgaben bei Zweckmäßigkeit vom Land auf die Kreise, oder von den Kreisen auf die Gemeindeebene zu übertragen. Jede Ebene soll das

tun, was sie am besten kann. Dabei sind die strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass leistungsfähige Selbstverwaltungsstrukturen auf kommunaler Ebene möglich und weitere Behörden entbehrlich sind.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kosten für Aufgaben, die den Gemeinden dadurch entstehen, dass sie Aufgaben für das Land oder den Bund wahrnehmen, umfassend und vorausschauend ersetzt werden. Darüber hinaus wird ein Finanzrahmen angestrebt, der ausreichend Raum für die kraftvolle und individuelle Ausgestaltung der eigenen Verhältnisse und Angelegenheiten lässt. Dabei soll eine kontinuierliche Investitionskraft, die auf Kredite verzichten kann, angestrebt werden. Wir wollen Förderprogramme des Landes zugunsten der grundsätzlichen Finanzausstattung begrenzen. Durch einen Paradigmenwechsel der Förderpolitik und die Begrenzung der Förderquoten in Kombination mit einer soliden Finanzausstattung, sollen Fehlanreize vermieden und die eigenverantwortliche Schwerpunktsetzung kommunaler Entscheidungen gefördert werden. Antragsverfahren sollen einfach gestaltet und nötige Prüfungen auf kommunaler Ebene selbst vorgenommen werden.

Bürgerfreundlichkeit – Chancen der Digitalisierung

Das Bürgerbüro in der Gemeinde und in den Ortsteilen der Städte sowie mobile Bürgerbüros als vorrangige Anlaufstelle für die persönlichen Behördenkontakte in Kombination mit umfassenden Onlineangeboten: Das ist unsere Vision für Bürgerfreundlichkeit und Bürgernähe der Zukunft.

Wir wollen die komplexen gesetzlichen Regelungen unseres Staates für den Bürger möglichst komfortabel anwendbar machen. Hier besteht eine große Chance der Digitalisierung, da durch die Vernetzung der Daten, Informationen und Prozesse die Dienstleistungen schneller und einfacher zum Bürger kommen. Fahrten des Bürgers zu einer Verwaltung sollen soweit wie möglich entfallen. Die Dienstleistung soll zum Bürger kommen. Antragsstellungen müssen einfacher, schneller und flexibler werden. Instanzenwege und Zuständigkeitsprobleme durch die Beteiligung verschiedener Behörden sollen abschließend elektronisch koordiniert werden. Das Bürgerbüro ist Beratungsstelle, Ausgabestelle und der Ort für die notwendige amtliche Inaugenscheinnahme.

Das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft

Wirtschaft betrifft uns alle. Wir orientieren uns an den Regeln der Sozialen Marktwirtschaft, da sie für uns sowohl unternehmerische Freiheit als auch fairen Wettbewerb und soziale Sicherung garantieren. Sie sind Grundlage für unseren Wohlstand, ermöglichen Selbstverwirklichung und Gemeinsinn gleichermaßen. Die Rahmenbedingungen dafür können wir auf Landesebene mitbestimmen.

19. Wir stehen für eine Soziale Marktwirtschaft ein, die Eigenverantwortung stärkt und Hilfe zur Selbsthilfe gibt!
20. Wir achten Leistungswillen und Erfahrung und ermöglichen unternehmerische Freiheit ohne Bürokratie!
21. Wir nutzen die Digitalisierung als Chance und finden mit ihr Lösungen für die Entwicklung der Städte und des ländlichen Raums!

Die Soziale Marktwirtschaft ist nicht nur Wirtschaftsordnung

Die Soziale Marktwirtschaft ist Motor der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie ist mehr als ein Wirtschaftsmodell. Positive Rahmenbedingungen, Bildungs- und Zukunftschancen sind mit ihr als Gesellschaftsmodell verknüpft. Die Zeiten des gravierenden Umbruchs ab 1989/90 sind vielen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern noch in Erinnerung. Modernisierung, Globalisierung, Digitalisierung und Klimawandel erzeugen Veränderungen, deshalb suchen Menschen nach Orientierung an gemeinsamen Werten. Den Bürgern eine Orientierung zur Eigenverantwortung zu geben, muss unser Anspruch sein.

In der Sozialen Marktwirtschaft wird die Leistungsfähigkeit der freien Marktwirtschaft mit der Sicherheit des Sozialstaates kombiniert. Der Staat schafft und garantiert die Rahmenbedingungen für einen gerechten doppelten Schutz. Auf der einen Seite schützt und garantiert er die persönlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundfreiheiten und das Recht auf Eigentum. Dies ist für ein freies Agieren auf dem Markt elementar. Auf der anderen Seite sichert er das Gemeinwohl und schützt den Wettbewerb, er verhindert mit Regelungen und Steuerungen den einseitigen Missbrauch von Freiheiten, der den Wettbewerb unterlaufen oder ausschalten würde. Die Möglichkeit des Erwirtschaftens ist Voraussetzung für eine soziale Politik im Dienste unserer Gesellschaft.

Der gerechte doppelte Schutz orientiert sich an grundlegenden Werten der Sozialen Marktwirtschaft. Die Eigenverantwortung des Einzelnen, die Subsidiarität des Handelns und die Solidarität als Hilfe zur Selbsthilfe stehen für diese Werte. Für uns sind Leistungsträger, alle die sich im Rahmen ihrer Fähigkeiten, Kompetenzen und Möglichkeiten mit Arbeit und Engagement in die Gesellschaft einbringen. Steuergerechtigkeit ist für uns ein hohes Gut. Für ein Lohnabstandsgebot stehen wir ein. Das bedeutet für uns, wer arbeitet, muss deutlich mehr erhalten, als jemand der nicht arbeitet. Wer im Leben lange gearbeitet hat, soll mehr erhalten und wer im Leben etwas angespart hat, dem darf nichts genommen werden. Leistung muss sich lohnen, für den Einzelnen und die Gesellschaft. Die Soziale Marktwirtschaft verbindet Chancen für den Einzelnen mit dem Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Der rechtliche Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft ergibt sich somit aus zwei Grundlinien, in deren Spannungsfeld wir uns bewegen. Für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Regulation, Leistungswillen und Wettbewerb zu sorgen, ist Kernanspruch christdemokratischer Politik. Freie Preisbildung und Tarifautonomie sind genauso wichtig, wie die aktive Wirtschafts- und Steuerpolitik, die dem Einzelnen Eigentum und ein gesetzliches Mindestmaß an sozialer Absicherung garantiert. In der sozialen Marktwirtschaft ist eine starke Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine tragende Säule. Die Tarifautonomie bietet den Rahmen, die Sozialpartnerschaft mit Tarifverträgen auszugestalten. Das Verhältnis hat sich in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland meist als pragmatische Mischung zwischen beiden Polen herausgestellt.

Mehr Wertschätzung und weniger Bürokratie

Auf Landesebene scheint in diesem Zusammenhang die Diskussion von Bürokratie und Bürokratieabbau interessant. Wir müssen Bürokratie besser erkennen, ihre Hinderungen verstehen und abschaffen. Rechtliche Rahmenbedingungen sichern zwar Spielregeln der Marktwirtschaft, sie können den Leistungsgedanken und den Wettbewerb jedoch auch lähmen. Rechtliche Eingriffe werden nur dort benötigt, wo Selbstverantwortung und Selbstregulierung nicht greifen. Diese Punkte zu erkennen und überflüssige Regeln als Bürokratie entsprechend zu filtern, muss Anspruch christdemokratischer Politik sein. In

der Digitalisierung entsteht hier ein neues Hilfsmittel, um Prozesse zu „entbürokratisieren“. Insbesondere Verfahren von Ausschreibungen bis Genehmigungen können über die Möglichkeiten der Digitalisierung beschleunigt werden.

Vor diesem Hintergrund gibt die Soziale Marktwirtschaft einen Leitgedanken vor. Die genaue Ausgestaltung kann in Zeit und Ort variieren, dies sollte uns dazu ermutigen, nach den Eigenheiten der Sozialen Marktwirtschaft in unserem Land zu fragen. Letztlich ist Soziale Marktwirtschaft stets – so auch in Mecklenburg-Vorpommern – ein ethisches Leitbild für die gesellschaftliche Ordnung. Freiheit und Verantwortung gehören zusammen.

Für uns muss die Soziale Marktwirtschaft in der praktischen Politik eine sehr hohe Bedeutung haben. Jeder Mensch im Land ist von Fragen der „Wirtschaft“ betroffen. Es ist wichtig, dabei keine Abhängigkeit, sondern die Freiheit zu betonen, über die jeder Einzelne verfügt und die für Unternehmen in unserem Land so wichtig ist. Wir treffen Entscheidungen im Sinne der Menschen, wir wollen bei Wirtschaftsfragen Sicherheit und Zuverlässigkeit vermitteln und Unternehmer ermutigen zu handeln und aktiv zu sein. In der Bildung setzen wir auf die Vermittlung und Verzahnung von und mit ökonomischen Bereichen.

Eine Wertschätzung für die Leistungsträger lässt sich daraus ableiten. Insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen sind das Rückgrat der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Die Rahmenbedingungen für eine Wertschätzung zu sichern und auszugestalten muss handlungsleitend für unsere Politik sein.

Europa und Digitalisierung als Chance begreifen und gestalten

Auch wenn Globalisierung und Europäisierung das oben beschriebene Verhältnis von Grundfreiheiten und Schutz des Wettbewerbs betreffen, ist es in der Politik wichtig, in den Prozessen mehr Chancen als Risiken zu sehen. Die Vorteile der EU-Grundfreiheiten und des Binnenmarktes zeigen uns die Chancen auf. Im Land können wir diese Chancen als Vorteil für den Grenzraum zu Polen und zu unseren EU-Nachbarn im Ostseeraum nutzen. Wir müssen unsere Politik mit einem klaren Bekenntnis zum EU-Binnenmarkt verbinden. Dies bedeutet keine Vereinheitlichung, denn Haftung und Risiko sind bei Schuldenfragen keine Leerformel.

Neue Chancen ergeben sich auch durch die Digitalisierung. Diese für die Soziale Marktwirtschaft zu nutzen, ist Aufgabe unserer Politik. Digitalisierung kann dabei helfen, Bürokratie abzubauen und Verfahren zu vereinfachen. Sie kann auch dabei helfen den ländlichen Raum für Firmenansiedlungen attraktiver zu machen. Es ist Anspruch unserer Politik, dafür die Rahmenbedingungen zu sichern.

Globalisierung und Digitalisierung verändern die Welt, in der wir leben und arbeiten. Es ist bei jeder Veränderung wichtig, auf Ängste und Sorgen Rücksicht zu nehmen. Nicht jede Veränderung ist gut, Skepsis und ein gewisser Grundoptimismus bedingen sich hier. Digitalisierung bietet große Chancen. Diese müssen als Anspruch einer christdemokratischen Politik auch nutzbar gemacht werden.

Es entstehen neue Berufsfelder und Berufsgruppen. Kinder die heute einen Kindergarten besuchen, werden gegebenenfalls Berufe erlernen, die es heute noch gar nicht gibt. Dieser Veränderung muss sich Politik bei der Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft bewusst sein. Wie kann Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert aussehen? Als Antwort auf diese Frage ist eine Strategie für Digitalisierung unabdingbar.

Das Verhältnis von Freiheit und Schutz des Wettbewerbs steht unter Druck, wenn im digitalen Raum neue Märkte entstehen, die sich staatlicher Kontrolle entziehen. Verantwortungsvolle Politik muss darauf reagieren, Antworten geben und über Regeln oder Verfahren wie Block-Chains Sicherheit geben. Gleiches gilt für die Maßstäbe einer Innovationskultur. Diese soll lebendig sein, muss aber gleichzeitig den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Fortschritt muss dem Menschen dienen, nicht umgekehrt, was auch bei der Entwicklung von künstlicher Intelligenz einen Rahmen vorgibt.

Die Vielfalt der Bildung

Eine große Verantwortung tragen wir als Landespartei in Mecklenburg-Vorpommern für die Bildungspolitik. Wir wollen sie gestalten und verstehen Bildung als lebenslangen Prozess. Wir sind uns bewusst, wie viele unterschiedliche Einrichtungen, Gruppen und Bildungsformen dieses System prägen. Wir stehen ein für Vielfalt, Chancen und Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung.

22. Wir erreichen gemeinsam mehr Qualität in der Bildung und stellen dafür die Weichen in der Landespolitik!
23. Wir bewahren die Vielfalt von Schulformen und stehen für die Gleichbehandlung von staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft ein!
24. Wir sehen jeden Bildungsweg als wertvoll an und fördern akademische und berufliche Bildung gleichermaßen!

Es ist eine Lebensaufgabe

Selbstbewusste und freie Menschen können nur dann verantwortlich handeln, wenn sie ihre Persönlichkeit, ihre Vernunft und ihre Fähigkeiten entwickeln und gebrauchen können. Deshalb wollen wir, dass alle Menschen lebenslang freien und gerechten Zugang zu Bildung erhalten. Die Kinder stehen für uns dabei im Mittelpunkt, ein gutes Bildungssystem muss unabhängig vom Wohnort oder dem sozialen Hintergrund der Eltern sein. Wichtig sind uns unter diesem Gesichtspunkt auch eine gute Erreichbarkeit und der Erhalt von kleinen Schulen mit ausreichender Personalstruktur.

Das Fundament für die Entwicklung von Kindern ist das Erlernen von Sprache und sozialen Kompetenzen innerhalb der Familie, hier haben Eltern einen wichtigen Erziehungsauftrag, den die Pädagogen in Kindergarten und Schule nicht ersetzen können.

Jedes Kind ist uns gleich viel wert und soll die bestmögliche Förderung ausgehend von der Kindertagesstätte, über die Schule bis hin zur Berufs- und der weitergehenden Ausbildung bekommen. Dazu ist bestens qualifiziertes Personal in ausreichender Zahl und eine moderne Sachausstattung in Kindergärten und Schulen sowie den Berufs- und Hochschulen notwendig.

Bereits bei der Betreuung von Kleinkindern stellen wir die Qualität der Erziehung in den Vordergrund. Das gilt sowohl für die Ausbildung zum Beruf des Erziehers als auch für die Betreuungsschlüssel und Lernangebote. Die Grundlagen zum Erlernen von angemessener Kommunikation, Sozialkompetenz und das Bewusstwerden der eigenen Fähigkeiten werden in diesem Alter angelegt und auch Bewegung und gesunde Ernährung haben großen Einfluss auf die spätere Entwicklung.

Die Förderung der deutschen Sprache und das fließende Lesen und Schreiben sowie die Beherrschung der Grundrechenarten nach der Grundschule sind aus unserer Sicht elementar wichtig und Grundvoraussetzung jeder weiteren Schulbildung. Im Zeitalter der

Digitalisierung erscheint dies umso wichtiger. Da, wo es notwendig ist, bedarf es einer besonderen Förderung – auch in der beruflichen Bildung.

In Vielfalt vereint – Schulformen wertschätzen und Eigenständigkeit sicherstellen

Wir halten die Unterschiedlichkeit und Durchlässigkeit der verschiedenen Schulformen für notwendig, damit die individuellen Stärken und Begabungen unserer Kinder im Mittelpunkt stehen, Klassenstärken mit mehr als 25 Kindern sind dabei hinderlich.

Für uns sind die Schulen in freier Trägerschaft sowohl im allgemeinbildenden Bereich als auch in der beruflichen Bildung eine notwendige und wünschenswerte Ergänzung des staatlichen Schulsystems und tragen zum Wettbewerb verschiedener Schulformen bei. Sie sind eine besondere Errungenschaft unserer freiheitlichen Gesellschaft, aus der Vernetzung von staatlichen und freien Schulen gehen auch wertvolle Aspekte für die Entwicklung des staatlichen Schulwesens hervor. Unser Ziel ist deshalb die finanzielle Gleichstellung von staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft – auch, um die Beschulung aller Schüler in Mecklenburg-Vorpommern sicherzustellen. Wichtig ist uns, dass Familien die passende Schule für ihre Kinder frei wählen und diese so bestmöglich unterstützen können.

Wir stehen für eine „gute Schule“, in der Kinder in allen Schulformen bestmöglich auf die steigenden Anforderungen, die Digitalisierung sowie das anstehende Berufsleben vorbereitet werden. Dazu soll Bildung vom Ende her gedacht und den Schulen ein flexibles Reagieren auf sich ändernde Bedürfnisse möglich gemacht werden. Die Kooperation mit Forschung und Wirtschaft ist für Schüler aller Schulformen eine wichtige Orientierungshilfe. Um die Möglichkeiten der verschiedenen Berufsbildungswege aufzuzeigen, ist eine regelmäßige Thematisierung im Unterricht notwendig, auch jährliche Praktika an den weiterführenden Schulen erzeugen Interesse und ermöglichen das Ausloten der eigenen Fähigkeiten, Potentiale und Stärken.

Die Qualität der Bildung soll sich stetig verbessern, das gilt sowohl für die Ausstattung an den Schulen als auch für die Ausbildung der Lehrer. Die Attraktivität des Lehrerberufes in Mecklenburg-Vorpommern ist ein wichtiger Schlüssel für bestmögliche Bildung in unserem Land. Dazu müssen angehende Lehrer an unseren Universitäten eine optimale Ausbildung mit entsprechenden Fachpraktika bekommen, herausragende Möglichkeiten der Weiterbildung vorfinden und vor allem angemessen bezahlt werden. Auch alle Lehrkräfte sind uns gleich viel wert! Eine Angleichung der Gehälter sowohl zwischen den einzelnen Schulformen als auch im Vergleich der Bundesländer empfinden wir als gerecht und fair, besonders unter dem Gesichtspunkt einer gleichwertigen Hochschulausbildung. Besondere Leistungen sollen auch finanziell und nicht nur durch Ausgleichstunden entlohnt werden können.

Das Konzept der selbstständigen Schule hat sich bewährt, Schulleiter sollen ein eigenes Budget und die Auswahl der Lehrkräfte an ihrer Schule zugesprochen bekommen. Mehr Verantwortung und konzeptionelle Flexibilität für die Schulen kann auch durch ein „Schülerbudget“ erreicht werden.

Die Lehrpläne aller Schulformen sollen den modernen Anforderungen an das gesellschaftliche und berufliche Leben angepasst sein, ein Schulfach zur Lebens-, Berufs- und später Studienorientierung ist aus unserer Sicht dabei sehr hilfreich. Auch gesunde Ernährung und sportliche Aktivitäten sind hier wichtige Bestandteile. Medienerziehung in Kombination mit Informatikunterricht verstehen wir als Teilaspekt der „Strategie für

digitale Bildung“. Hierzu gehören aber auch die Nutzung und das Erlernen von digitalen Möglichkeiten zum Wissenserwerb in allen anderen Fächern.

Christlicher Religionsunterricht in ökumenischer und interreligiöser Ausrichtung ist ein wichtiger Bestandteil des Schulunterrichtes. Das Eintreten für die Demokratie und die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung durch ehrenamtliche Tätigkeit setzt vor allem soziale und politische Bildung und engagierte Jugendarbeit voraus. Auch die Identifikation mit unseren Traditionen und unserer Kultur ist unter differenzierter und kritischer Betrachtung der Geschichte zu unterstützen. Wir wollen verantwortliches Handeln und Offenheit für aktuelle Fragen unserer Zeit und neue Entwicklungen fördern.

Inklusion ist für uns eine sinnvolle individuelle Förderung aller Kinder und Jugendlichen. Menschen mit körperlichen-, geistigen-, oder Sinneseinschränkungen haben ein Recht auf gleichberechtigten Zugang. Nicht nur Schulen, sondern auch Kindertagesstätten und Träger der Jugend- und Sozialhilfe werden in Bildungs- und Betreuungsangebote einbezogen, dabei ist die gezielte Möglichkeit der Förderung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in eigenen Lerngruppen sehr wichtig. Aber wo der Inklusion Grenzen durch schwere Verhaltens-, Lern- oder geistige Behinderungen gesetzt sind, muss mit Augenmaß die beste Lösung für das Kind gesucht werden. Der Erhalt von Förderschulen als beratende Kompetenzzentren ist deshalb unverzichtbar und bleibt für uns Teil der Bildungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern.

Die berufliche Bildung ist von herausragender Bedeutung für die Sicherung eines qualitativ hochwertigen Fachkräftenachwuchses. Deshalb haben Regionalschulen hier eine große Verantwortung, die wir besonders stärken und unterstützen wollen. Um ein hohes Niveau und die Attraktivität der dualen Ausbildung zu garantieren, setzen wir uns für die ständige Weiterentwicklung der Anschlussfähigkeit und Durchlässigkeit von Berufsabschlüssen und Ausbildungsgängen ein. Berufliche und akademische Bildung sind dabei als gleichwertig und wichtig anzusehen. Wir bekennen uns zum Erhalt der Berufsschulstruktur mit ihren Außenstandorten und sehen den Abschluss der mittleren Reife als wichtige Voraussetzung für den Start in das Berufsleben an.

Auch das Gymnasium ist ein wichtiger und unverzichtbarer Erfolgsfaktor unseres Bildungssystems in Mecklenburg-Vorpommern, es bereitet die Schüler auf das Abitur und die Aufnahme eines Studiums vor und erfordert eine entsprechende Leistungsbereitschaft. Besonders in Deutsch, Englisch, Mathematik und Naturwissenschaften muss in der gymnasialen Oberstufe eine solide Grundlage geschaffen werden. Die Herausbildung individueller, kritischer und selbstbewusster Persönlichkeiten bei steigenden Anforderungen an die Quantität und Qualität des vermittelten Wissens benötigt Zeit und Muße. Schüler sollen neben ihrer schulischen Arbeit auch hinreichend Möglichkeit zur Entfaltung ihrer persönlichen Interessen und Neigungen haben. Deshalb sind die Stundenpläne der Schulen und besonders das Konzept der gebundenen Ganztagschule immer wieder zu überprüfen, um Schulzeit und fachliche sowie soziale Lehrinhalte in Einklang zu halten. Um allen Anforderungen und Schülern gerecht zu werden, soll es je nach Schulkonzept die Möglichkeit geben, die Abiturprüfung auch nach dreizehn anstatt den üblichen zwölf Schuljahren abzulegen.

Ein entscheidender Erfolgsfaktor für die Bildungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern sind die Hochschulen. Sie sind Orte der Bildung und Ausbildung, der Weltoffenheit und der Liberalität. Sie binden Studenten, Lehr- und Forschungspersonal an das Land und schaffen so gute Voraussetzungen für die Bekämpfung des Fachkräftemangels. Vor allem an den Universitätsstandorten zeigt sich, dass Hochschulen die positive Bevölkerungsentwicklung fördern, die Abwanderung begabter Menschen verhindern und zugleich

qualifizierte Zuwanderung aus dem In- und Ausland bedingen. Deshalb stehen wir für die Beibehaltung beider Volluniversitäten mit jeweils einer medizinischen Fakultät. Um Forschung und Lehre in hoher Qualität anbieten zu können, benötigen alle Hochschulen des Landes eine entsprechende Finanzausstattung. Für ein Studium in Mecklenburg-Vorpommern sollen auch in Zukunft keine Studiengebühren erhoben werden. Für einzelne Bereiche der staatlichen Vorsorge bedarf es besonderer Instrumente und Anreize, um sowohl Landeskinder als auch zugezogene Studenten schon während des Studiums für eine Tätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern zu gewinnen.

Die Forschung bildet für uns die Basis für gesellschaftlichen, technischen und zivilisatorischen Fortschritt. Sie ist auch das erste Glied in der Kette der Wertschöpfung. Wissenschaftsskeptische oder gar feindliche Grundhaltungen haben in der CDU keinen Platz. Vielmehr sind beständige Offenheit und die staatliche Förderung für wichtige wissenschaftliche und technologische Innovationen wünschenswert. Sie alle haben das Potential, unser Leben zum Besseren zu verändern. Dies gilt auch für die Gentechnologie in ihren verschiedenen Anwendungen, die unter Abwägung aller Chancen und Risiken der weiteren Erforschung bedarf. Die Freiheit der Forschung hat hier aber unbedingt die Unantastbarkeit der Würde des Menschen und der Schöpfung zu achten. Besonderes Augenmerk richten wir auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Erforschung neuer Technologien. Ein besonderes Entwicklungspotential für das Land sehen wir in der Gesundheitsforschung. Die Umweltforschung ist der Schlüssel zur Erkenntnis, wie wir die Verschmutzung der Luft, des Bodens und der Meere, nicht zuletzt auch der Ostsee, minimieren und die weltweit vereinbarten Klimaziele einhalten können. Wir wollen Innovationen statt Verbote. Zugleich ist ein Bewusstseinswandel hin zu einem nachhaltigeren Lebensstil zur Bewahrung der Schöpfung unerlässlich und in allen Bildungseinrichtungen des Landes zu fördern.

Unverzichtbar sind neben den genannten Institutionen für uns die Musik- und Volkshochschulen, Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft und Schulen mit besonderer Ausrichtung. Sie sollen in Zukunft noch deutlicher durch das Land unterstützt werden, wobei gerade die Kommunen so aufgestellt werden müssen, dass sie deren Qualität sicherstellen können. Mit ihren besonderen Bildungsangeboten können sie Menschen befähigen, souverän mit dem bevorstehenden Wandel des Arbeitslebens und der Gesellschaft umzugehen.

Das Verständnis von Familie und Soziales

Wir stärken das Miteinander und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Familien stehen dafür im Mittelpunkt unserer Politik, sie benötigen die entsprechenden Angebote, in denen sich alle Generationen wiederfinden. Der Zugang zu diesen Angeboten – von der Kindertagesstätte über die Praxis und die Apotheke vor Ort bis hin zur Pflegeeinrichtung – das ist für uns keine Frage des Wohnortes, sondern Grundvoraussetzung für eine soziale Gesellschaft, in der alle Altersgruppen gesund und gut versorgt leben können.

25. Wir machen Politik, die Familien generationsübergreifend Freiräume und Zeit für das Miteinander gibt!
26. Wir sichern Dienstleistungen in Medizin, Pflege und Betreuung wohnortsnah und flächendeckend!
27. Wir berücksichtigen die Bedarfe unterschiedlicher Generationen und stärken den Austausch zwischen Jung und Alt!

Zusammenhalt und Miteinander sind Kern unserer Sozialpolitik

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern definiert sich aus ihrer christlichen Identität und dem Bekenntnis zur katholischen Soziallehre und zur evangelischen Sozialethik als Partei des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des Miteinanders. Unabhängig von sozialer Stellung, Herkunft und Geschlecht sind alle Menschen gleichwertige Individuen mit Stärken und Schwächen. Es ist unser Bestreben, allen gleichberechtigt Chancen zur individuellen Entwicklung zu ermöglichen. Solidarität und staatliche Fürsorge ist denjenigen im besonderen Maße teilhaben zu lassen, die nicht aus eigener Kraft ein würdevolles Leben bewerkstelligen können. Menschen mit Behinderungen, Kranke und Pflegebedürftige haben einen gesellschaftlichen und staatlichen Anspruch auf besonderen Schutz durch die Gemeinschaft.

Familie

Die Familie ist als Keimzelle allen Lebens vordergründiges Aufgabenfeld staatlicher und fürsorglicher Anstrengungen. Dabei hat die Lebensgemeinschaft mit Kindern für die CDU in unserem Land eine herausgehobene Stellung. Eine Familie definiert sich nach unserem Grundverständnis aus einem Zusammenschluss von Menschen, die dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen. Familie, das bedeutet auch Eltern und Kinder. Das christliche Wertefundament ermutigt uns, insbesondere die Ehe von Frau und Mann zu fördern. Dennoch wissen wir, dass daneben auch weitere Formen des verantwortungstragenden Zusammenlebens bestehen, die in gleicher Weise zu Liebe und Fürsorge befähigt sein können.

Familienpolitik

Wir bekennen uns dazu, der Familienpolitik einen außerordentlichen Schwerpunkt beizumessen und die Familie in den gesellschaftlichen Mittelpunkt zu rücken. Ideologische Denkmuster und Vorgaben lehnen wir in der Familienpolitik ab und richten familienpolitische Leistungen nach dem Bedarf aus. Familien sollen die bestmöglichen Rahmenbedingungen erhalten, um dem Leben in der Familie den nötigen Raum und die nötige Zeit zu geben. Das Ziel ist es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch für Alleinerziehende kontinuierlich zu verbessern. Eltern, die über das erste Lebensjahr hinaus Kinder zu Hause betreuen wollen, müssen ebenso materielle Unterstützung erfahren. Darüber hinaus muss Eltern der Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert werden. Die Wahlfreiheit ist eine unserer Grundüberzeugungen.

Die flächendeckende Kinderbetreuung bedarf dennoch kontinuierlicher politischer Aufmerksamkeit. Wir bekennen uns zum bundesweit geltenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für ein- bis dreijährige Kinder. Zu der kostenfreien Kinderbetreuung setzen wir auf eine qualitativ hochwertige Betreuung mit pädagogischen Inhalten zur frühen Förderung der Kinder. Neben wissensorientierten Inhalten müssen Zeit und Raum für das individuelle Entdecken und Lernen sowie das Spielen gegeben sein.

Der Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur ist zukunftsorientiert zu gestalten. Einrichtungen müssen auch in absehbarer Zeit Bestand haben und müssen dennoch dem Anspruch genügen, wohnortnah erreichbar zu sein.

Kinder und Jugendliche

Als besonders schützenswerten Teil unserer Gesellschaft verstehen wir die Beteiligung der jungen Generation an politischen Entscheidungsprozessen. Alle Kinder in unserem Land sollen gleichberechtigt und gut leben können. Ebenso müssen jungen Menschen Perspektiven geboten werden. Eine zentrale Rolle wird in diesem Zusammenhang der

Generationengerechtigkeit zuteil. Wir setzen uns demnach gleichermaßen dafür ein, dass die Interessen der Jüngeren in allen Entscheidungen Berücksichtigung finden und die Wertschätzung gegenüber älteren Menschen erhalten bleibt.

Senioren

Die älteren Menschen unseres Landes haben unter schwierigen Bedingungen das Land aufgebaut. Die Gesellschaft und die Politik tragen dafür Verantwortung, dass Menschen im Alter würdevoll und wirtschaftlich unabhängig leben können. Unsere Politik muss sich daran orientieren und danach beurteilen lassen. Für uns ist Mobilität eine wichtige Voraussetzung für das Leben im Alter. Mitspracherechte und Teilhabe von Senioren in politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen sind uns wichtig. Fragen des Älterwerdens sind in allen politischen Handlungsfeldern zu berücksichtigen.

Gesundheit

Wir stehen für ein flächendeckendes medizinisches qualitativ hochwertiges Versorgungsangebot. Eine weitreichende Konzentration der Versorgungsstrukturen auf die größeren Städte lehnen wir ab. Die Qualität der medizinischen Daseinsvorsorge darf nicht durch den Wohnort des Patienten bestimmt sein. In den Versorgungsstrukturen sind gute Erreichbarkeiten von Allgemein- und Fachärzten, Krankenhäusern, Apotheken und Pflegeeinrichtungen zu gewährleisten. Alle Menschen sollen auf eine flächendeckende, medizinische und bedarfsgerechte Versorgung vertrauen dürfen. Im Mittelpunkt unseres Gesundheitssystems steht der Mensch. Deshalb sehen wir gewinn- und kapitalmotivierte Versorgungsstrukturen kritisch.

Die Krankenhausstandorte in unserem Bundesland gilt es langfristig zu erhalten. Dem Ärztemangel in ländlichen Regionen muss fortwährend mit geeigneten Maßnahmen wirksam begegnet werden. Zugleich sind Chancen der Digitalisierung zu nutzen, um das Patientenwohl nachhaltig zu verbessern. Die Telemedizin muss beispielsweise als geeignetes Instrument der zusätzlichen Konsultation ärztlicher Diagnostik ausgebaut werden.

Mecklenburg-Vorpommern wird als Flächenland immer eine Herausforderung in der medizinischen Versorgung darstellen. Intelligente Lösungen durch Kooperationsprojekte sind daher durch die bessere Verzahnung von ambulanten und stationären Versorgungsleistungen auszubauen. Die in unserem Land gewachsene Gesundheitswirtschaft mit der Vielzahl an Arbeitskräften und der ökonomischen Kraft muss dabei ein hilfreicher Partner sein.

Wir erkennen aus ethischen Gründen an, dass der Staat nicht ohne Weiteres über einen menschlichen Körper verfügen darf. Wir setzen uns aber für eine Impfpflicht für alle Kinder ein.

Als CDU werden wir gezielte Präventionsmaßnahmen von der Kindertagesstätte über die Schule bis hin zum betrieblichen Arbeitsschutz und zur betrieblichen Gesundheitsförderung weiterentwickeln und ausbauen.

Sozialpolitik und Pflege

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sind für uns im Zusammenspiel sozialstaatlichen Handelns wichtige Partner in der Kinder- und Altenpflege, der sozialen Beratung und Bildung, in der Gesundheitsversorgung und -prävention, der Familienhilfe, der Jugendsozialarbeit, der Flüchtlingshilfe, der Wasserrettung und im Katastrophenschutz. Auch die Selbsthilfearbeit ist ein wichtiger Teil der sozialen

Landschaft. Gerade die Betroffenen leisten untereinander oft wirksame Hilfe und Unterstützung.

Für Menschen mit Behinderung sind Förderinstrumente in der Landespolitik vorzuhalten und zu verstetigen. Die Inklusion in die Arbeitswelt ist dabei ein wichtiges Ziel unserer sozialpolitischen Agenda. Ebenso muss die Teilhabe am sozialen Leben und an Kultur gewährleistet werden.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern ist der demografische Wandel spürbar. Die Menschen werden älter und der Bedarf an Gesundheits-, Pflege- und Therapieangeboten wächst. Ambulant vor stationär, Reha vor Pflege – dies sind unsere Grundprinzipien. Deshalb muss auch in Zukunft eine bedarfsgerechte Pflege- und Therapieinfrastruktur sowie hervorragend ausgebildetes Pflege- und Therapeutenpersonal im ambulanten und stationären Sektor sichergestellt sein. Wir setzen uns nachhaltig dafür ein, dass die schwere und sehr verantwortungsvolle Arbeit in der Pflege einer umfassenden Wertschätzung über alle sie betreffenden Bereiche erfährt.

Ehrenamtliches Engagement ist elementar für den Zusammenhalt und das soziale Miteinander in unserer Gemeinschaft. Wir setzen uns für eine lebendige Zivilgesellschaft und die Stärkung des Ehrenamts in Mecklenburg-Vorpommern ein.

Der Einsatz für Sicherheit und Recht

Der demokratische Rechtsstaat ist uns alltäglich, aber er ist nicht selbstverständlich. Wir sind davon überzeugt, dass Demokratie und Rechtsstaat unerlässliche Voraussetzungen für die Freiheit des Einzelnen und seine Würde sowie Wohlstand und sozialen Ausgleich sind. Im Mittelpunkt unseres Handelns steht der freie und mündige Staatsbürger. Wir wissen, dass weder der autoritäre Staat noch grenzenlose Freiheit eine funktionierende staatliche Ordnung garantieren. Im dauerhaften Spannungsfeld zwischen dem Streben nach Freiheit und dem Wunsch nach Sicherheit setzen wir deshalb auf den Schutz der allgemeinen Freiheitsrechte unter Berücksichtigung unserer Grund- und Werteordnung. Wir treten jedwedem politischen und religiösen Extremismus entgegen. Nur so können wir von den Bürgern Vertrauen und Einsatz für den demokratischen Grundgedanken fordern.

28. Wir stehen dafür ein, dass alle Bürger in Mecklenburg-Vorpommern frei und sicher leben können!

29. Wir verteidigen den Rechtsstaat als hohes Gut der Demokratie und stellen sicher, dass die Bürger auf seine effiziente Arbeit vertrauen können!

30. Wir stehen an der Seite unserer Sicherheits- und Ordnungskräfte und würdigen ihre Leistung für die Gemeinschaft!

Wir wollen Sicherheit für alle Bürger

Wir stehen für einen starken und wehrhaften Rechtsstaat. Die wichtigste Aufgabe des Staates ist es, seine Bürger zu schützen. Die Menschen in unserem Land haben ein Recht auf Sicherheit. Nur in einem sicheren Staat ist ein Leben in Freiheit und Würde möglich. Wir sind davon überzeugt, dass nur eine konsequente Durchsetzung von Sicherheit und Ordnung den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gewährleistet. Sicherheit ist ein wichtiger Indikator der Zufriedenheit der Bürger. Deshalb ist uns auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen wichtig und findet bei politischen Entscheidungen gehörige Beachtung.

Das Gewaltmonopol liegt beim Staat. Die Polizei und Ordnungsbehörden müssen in der Lage sein, Recht und Ordnung zu jeder Zeit und an jedem Ort konsequent durchzusetzen.

Hierzu sind sie personell und sachlich auskömmlich auszustatten. Wir haben erkannt, dass die polizeilichen Kräfte mit vielen Aufgaben konfrontiert sind, die sie außerordentlich beanspruchen. Deshalb befürworten wir eine Entlastung von solchen Tätigkeiten, die nicht zwingend als hoheitliche Aufgaben wahrzunehmen sind. Uns ist eine starke personelle Präsenz der Sicherheitsbehörden vor allem im ländlichen Raum wichtig.

Sicherheit gibt es nur mit Vertrauen. Unsere Sicherheitsbehörden verdienen Vertrauen. Die hohe Wertschätzung muss sich vor allem in Respekt, Anstand und Achtung gegenüber den Einsatzkräften widerspiegeln. Wer Polizeiarbeit behindert, verunglimpft oder Gewalt gegen Beamte ausübt, der gefährdet unsere Sicherheit. Wir halten es für wichtig, dass solche Straftaten konsequent verfolgt und abgeurteilt werden.

Kriminalität wird zunehmend komplexer. Das beunruhigt die Menschen und stellt die Sicherheitsbehörden vor große Herausforderungen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die polizeilichen Kompetenzen ihren wachsenden Aufgaben entsprechend kontinuierlich zu erweitern. Die zunehmenden Gefahren durch den globalen Terrorismus nehmen wir ernst. Wir werden die Zusammenarbeit der Polizeibehörden auf europäischer sowie auf Bundes- und Landesebene fördern, um Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung zu intensivieren.

Wir stehen zur Bundeswehr. Sie gehört zu unserem europäischen Sicherheitskonzept. „Staatsbürger in Uniform“ und eine wahrnehmbare Bundeswehr im öffentlichen Leben sind für uns selbstverständlich. Die Wehrpflicht soll weiterhin im Grundgesetz verankert bleiben. Zu unserem Sicherheitskonzept gehört auch der wirksame Schutz der europäischen Außengrenzen, an dem wir uns gemeinsam mit den europäischen Partnern beteiligen wollen.

Den Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden, Feuerwehren sowie der Hilfsorganisationen und Rettungsdienste zollen wir Respekt und Anerkennung für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit. Wir wollen die Attraktivität dieser Berufe durch eine zeitgemäße Ausbildung und Besoldung stärken.

Wir wollen einen starken und zuverlässigen Rechtsstaat

Der Rechtsstaat begrenzt staatliche Herrschaftsgewalt im Interesse der Sicherung individueller Freiheit. Das erfolgt maßgeblich durch die Anerkennung der Grundrechte, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und den Individualrechtsschutz durch unabhängige Gerichte. In Deutschland gilt nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts. Nur der Staat ist berechtigt und verpflichtet, die geltende Rechtsordnung durchzusetzen. Verfassungsfeindlichen Ideologien und Religionen werden wir mit aller rechtsstaatlichen Härte begegnen. Die Unabhängigkeit der Justiz ist eine wesentliche Säule unseres Rechtsstaates und deshalb vor politischer Einflussnahme zu schützen.

Wir halten an der weltanschaulichen Neutralität des Rechtsstaates fest. Die Ausübung kultureller und religiöser Überzeugungen findet ihre Grenze in der staatlichen Ordnung. Diese Neutralität gilt auch für die Vertreter des Staates.

Nur ein funktionsfähiger und effizienter Rechtsstaat findet dauerhaft Akzeptanz. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass unsere Rechtsordnung gilt und auch konsequent umgesetzt wird. Wir wollen, dass alle Bürger schnell zu ihrem Recht kommen. Deshalb müssen Gerichtsverfahren zügig durchgeführt und Urteile zeitnah vollstreckt werden. Wer mit dem Gesetz in Konflikt gerät, ist schnell zur Rechenschaft zu ziehen. Besonders bei Jugendlichen und Heranwachsenden muss die Strafe auf dem Fuße folgen. Die Erziehung beginnt nicht im Gerichtssaal, sondern zu Hause. Deshalb liegt es

hauptsächlich in den Händen der Eltern, ihre Kinder zu mündigen und rechtstreuen Staatsbürgern heranzubilden.

Strafen sollen spürbar sein, aber auch dem Einzelfall gerecht werden. Die Resozialisierung von Straftätern ist ein wichtiges Anliegen, sie darf sich allerdings nicht aus falsch verstandener Milde oder politischer Korrektheit ins Gegenteil verkehren. Straftaten nicht zu sühnen, ist ungerecht und gefährdet den Rechtsstaat. Im Vordergrund staatlichen Handelns steht der Opferschutz und die Verhinderung weiterer Straftaten. Wir halten es für richtig, dass die Opfer von Straftaten auf Kosten ihrer Täter entschädigt werden.

Recht muss effizient sein. Deshalb wollen wir die Notwendigkeit gesetzlicher Regelungen überprüfen, um die Überschaubarkeit der Rechtsordnung zu gewährleisten. Bewährtes Recht bleibt bestehen, bevor neue Rechtsnormen erlassen werden.

Vertrauen braucht Transparenz. Durch Öffentlichkeitsarbeit und Bürgernähe stärken wir die Akzeptanz unserer Rechtsordnung. Gerichte sprechen Recht vor Ort und müssen dort fest verankert sein. Justiz soll sichtbar und präsent sein – besonders in der Fläche. Gerade der ländliche Raum braucht nachhaltige staatliche Strukturen.

Die Justiz hat zu Recht den Anspruch auf das beste Personal und die beste Ausstattung. Jede Investition in den Rechtsstaat ist auch eine Investition in unsere Demokratie. Wir setzen auf eine auskömmliche und zukunftsorientierte personelle Besetzung in allen Dienstgruppen. Dabei ist dem Grundsatz der Bestenauslese strikt Rechnung zu tragen. Allein entscheidend sind Leistung, Eignung und Befähigung. Die Bevorzugung einzelner Personengruppen mit dem Ziel der Egalisierung gefährdet die Unabhängigkeit der Justiz und deren Akzeptanz.

Maßgeblich für eine leistungsfähige und transparente Justiz ist die innere Einstellung derjenigen, die unseren Rechtsstaat mit Leben erfüllen: Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Notare, aber auch Polizisten, Verwaltungsmitarbeiter und nicht zuletzt Politiker. Es liegt in deren Verantwortung, das Vertrauen der Bürger in unsere rechtsstaatlichen Institutionen zu stärken. Das kann nur gelingen mit einem entsprechenden rechtsstaatlichen Ethos, einem Eifer für Tugend und Recht, Pflichtbewusstsein und Zuverlässigkeit. Jeder Staatsdiener muss Verantwortung für sein Handeln übernehmen. Wir wollen diese Eigenschaften fördern und pflegen.

Mit einer zeitgemäßen Ausbildung und Besoldung wollen wir zudem die Attraktivität dieser Berufe stärken. Insbesondere kommt der amtsangemessenen Besoldung sowohl zur Nachwuchsgewinnung als auch für die Sicherung der Unabhängigkeit der Richter eine zentrale Bedeutung zu. Daneben setzen wir auf eine Entlastung der Justiz von sachfremden Aufgaben, insbesondere den umfangreichen Berichts- und Mitteilungspflichten. Justiz muss sich auf ihre Kernaufgaben beschränken. Mit moderner Hard- und Software können viele dieser Aufgaben personalschonend erledigt werden. Parallel hierzu wollen wir die Notwendigkeit solcher Aufgaben prüfen.

Zuwanderung braucht klare Grenzen und verantwortungsvolle Regeln. Denn wir wissen, dass ein unregelmäßiger Zuzug von Menschen mit einer anderen kulturellen Prägung unser Land überfordern würde. Wer sich in Deutschland eine neue Existenz aufbaut und wer zu unserem Wohlstand beiträgt, wer sich in unser Gemeinwesen einbringt und sich engagiert, der wird hier eine neue Heimat finden. Mit einem modernen Zuwanderungsgesetz wollen wir die Voraussetzungen hierfür schaffen.

Wir sehen uns in der christlichen Pflicht, Verfolgten im Rahmen unseres Grundgesetzes sowie des Völkerrechts Asyl zu gewähren. Wer in Deutschland leben will, muss bereit sein, unsere freiheitliche-demokratische Grundordnung zu akzeptieren. Wir akzeptieren keine

Parallelgesellschaft. Allein die zuständigen Behörden und Gerichte haben zu beurteilen, wer in unser Land einreisen und wer bleiben darf. Entscheidungen darüber müssen zügig erfolgen. Wenn die Voraussetzungen für einen Aufenthalt in Deutschland nicht vorliegen, muss die Rückkehr in das Herkunftsland konsequent durchgesetzt werden. Wer sein Gastrecht missbraucht, namentlich Straftaten begeht oder die Sicherheit unseres Landes bedroht, muss in Abschiebehaft genommen und unverzüglich abgeschoben werden. Eine enge Zusammenarbeit mit den Ländern der Europäischen Union ist notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche deutsche Asylpolitik.

Digitalisierung – Herausforderung der Zukunft

Wir wollen, dass unsere Bürger auch in der digitalen Welt frei und sicher leben können. Deshalb ist es wichtig, die Bürger auf Chancen und Risiken des Internets hinzuweisen. Ganz besonders unsere Kinder und Jugendlichen müssen im Umgang mit modernen Kommunikationsmitteln geschult werden. Hier sind neben Pädagogen vor allem Richter und Staatsanwälte gefragt, der jungen Generation das erforderliche Rüstzeug im schulischen Alltag zu verschaffen.

Andererseits eröffnet die Digitalisierung mit der Datenerfassung und Videoüberwachung neue Möglichkeiten für die innere Sicherheit, die wir nutzen und ausbauen wollen. Wenn die Sicherheit der Bürger konkret bedroht ist, geht deren Schutz dem Datenschutz vor. Denn Datenschutz darf nicht zu Täterschutz werden. Wir wollen vernünftige Rahmenbedingungen für einen Datenschutz schaffen, der sich an den tatsächlichen Bedürfnissen unserer Bürger orientiert.

Ganz besonders wichtig ist die digitale Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden. Hierzu wollen wir eine moderne und kompatible Datenverarbeitung einsetzen, welche die Justiz- und Sicherheitsbehörden aller europäischer Staaten miteinander verbindet. Eine effektive Strafverfolgung darf nicht an den europäischen Binnengrenzen scheitern.

Der Auftrag für Natur, Umwelt und Verkehr

Die Bewahrung der Schöpfung ist fester Bestandteil christlich-konservativer Politik, sie folgt unmittelbar aus dem christlichen Menschenbild. Wir wollen den nächsten Generationen eine Welt hinterlassen, die weiterhin so lebenswert ist wie bisher.

31. Wir sichern unsere Umwelt für alle Generationen durch die Förderung von Innovationen und Nachhaltigkeit!
32. Wir geben der Land- und Forstwirtschaft und der heimischen Fischerei einen Rahmen für eine wettbewerbsfähige Entwicklung!
33. Wir gestalten eine landesweite Infrastruktur, die allen Generationen bedarfsgerecht Mobilität ermöglicht!

Umwelt, Küste und Gewässer

Wir stehen für einen achtsamen Umgang mit unserer Umwelt und den Erhalt der Vielfalt unserer Landschaft sowie heimischer Tier- und Pflanzenarten. Wirtschaftlicher Erfolg sowie Natur-, Klima- und Umweltschonung sollten in Einklang sein. Dabei setzen wir auf Kooperation statt Konfrontation: Staatliche Regulierung wollen wir nur dort, wo das Prinzip der Freiwilligkeit mit Blick auf eine nachhaltige und gesunde Entwicklung für den Menschen nicht greift. Statt einer Ideologisierung des Natur- und Umweltschutzes setzen wir darauf, dass dessen Akzeptanz und Ansehen gesteigert werden – eine qualitativ hochwertige Umweltbildung durch unsere Hochschulen und Schulen ist dabei eine wichtige Voraussetzung. Bei unvermeidbaren Eingriffen in die Natur sollten die

Auswirkungen auf den Menschen im Mittelpunkt der Abwägungen stehen, dabei sind auch langfristige Änderungen der Umwelt- und Lebensbedingungen zu berücksichtigen.

Wir setzen auf Umweltinnovationen: Durch intelligenten Fortschritt und Effizienzsteigerungen, wie sie beispielsweise die Chancen der Digitalisierung ermöglichen, können klimaschädliche Emissionen verringert, das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt und so Ökonomie und Ökologie zusammengeführt werden. Zukunftsorientierter Umwelt- und Klimaschutz eröffnet nicht zuletzt auch wirtschaftliche Chancen, beispielsweise im Bereich der Umwelttechnologie oder Energieerzeugung, die wir nutzen wollen. Die Erforschung und Anwendung erneuerbarer Energien, der Kernfusionsforschung und alternativer Antriebe sind wichtige Zukunftsfelder für unser Land, wobei deren Ausbau Augenmaß erfordert.

Die vielfältigen Natur- und Kulturlandschaften Mecklenburg-Vorpommerns stellen einen wertvollen Teil unserer Heimat dar und sind Grundlage für den Tourismus in unserem Land. Naturschutzgebiete, National- und Naturparks sind dabei wichtige Einrichtungen – damit den Bürgern der Wert solcher Flächen bewusst wird, müssen eine Nutzung und die Erfahrung von Natur soweit möglich sein, wie Schutzziele nicht beeinträchtigt werden. Natur muss erlebbar bleiben.

Der Schutz der Tiere ist für uns wichtig: Wir setzen uns dafür ein, dass diese artgerecht gehalten und als Teil der Schöpfung geachtet werden. Sich neu oder wieder ansiedelnde Tier- und Pflanzenarten und ihre Auswirkungen auf den Menschen sowie die heimische Flora und Fauna müssen in Zukunft aufmerksam begleitet und gegebenenfalls korrigierende Eingriffe vorgenommen werden.

Mecklenburg-Vorpommern besitzt mit 2000 Kilometern die längste Küstenlinie Deutschlands. Der Küsten- und Hochwasserschutz ist deshalb für unser Land von herausragender Bedeutung und hat für uns hohe Priorität. Die Wasserqualität der Binnenseen muss auf weiterhin hohem Niveau erhalten werden.

Landwirtschaft, Fischerei und Flächennutzung

Land- und Forstwirtschaft prägen seit Jahrhunderten den ländlichen Raum unseres Landes. Zusammen mit dem Gartenbau, der Fischerei und der Jagd leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Naturschutz sowie zum Erhalt der heimischen Kulturlandschaft. Sie bilden die Grundlagen für Freizeit und Tourismus im ländlichen Raum und schaffen regionale Arbeitsplätze, auch außerhalb von Ballungsräumen. Der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen beziehungsweise die Nutzung erneuerbarer Energien bietet weit über die Land- und Forstwirtschaft hinaus große Chancen für eine neue wirtschaftliche und technologische Dynamik.

Wir wollen eine vielfältige und marktorientierte Landwirtschaft, die sich zu ihren bäuerlichen Wurzeln bekennt und zugleich Kreativität und Innovationen fördert. In der Produktion hochwertiger Nahrungsmittel sehen wir den Schwerpunkt, der im Bewusstsein der Verantwortung für Mensch, Tier, Natur und Umwelt erfolgt. Allein entscheidend ist dabei weder die Betriebsgröße noch eine ökologische oder konventionelle Wirtschaftsweise.

Unser Ziel ist es, die Rahmenbedingungen für eine weitere nachhaltige und wettbewerbsfähige Entwicklung unserer land- und forstwirtschaftlichen Betriebe aktiv zu gestalten. Zugleich ist es uns wichtig, die Unabhängigkeit der Lebensmittelversorgung sicherzustellen, ebenso wie die Produktion der Agrarindustrie (wie zum Beispiel Landmaschinenbau, Pflanzenzucht, Herstellung von Pflanzenschutzmitteln) in Deutschland zu halten.

Mit der Ostseeküste und den zahlreichen Binnenseen blickt Mecklenburg-Vorpommern auf eine lange Fischereitradition zurück. Die regionale Fischwirtschaft verkörpert einen wesentlichen Teil der maritimen und kulturellen Identität unseres Landes und darf deshalb nicht als einfacher Wirtschaftszweig behandelt werden. Wir wollen die einheimische Fischerei erhalten, indem wir ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern.

Gesellschaftlich gewünschte Leistungen der Landwirte sozialer oder ökologischer Art müssen angemessen ausgeglichen werden: Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sind besondere Sektoren, die einer speziellen Förderung bedürfen. Wir wollen das Bewusstsein und die Wertschätzung für unsere gesunden und qualitativ hochwertigen Lebensmittel stärken und deren regionale Vermarktung fördern. Über die Marktpreise sollen unsere heimischen Erzeuger ein sicheres und ausreichendes Einkommen erzielen können – Qualität hat auch bei Lebensmitteln ihren Preis.

Eine qualifizierte Aus-, Fort- und Weiterbildung, gutes Management und hohe Innovationskraft sind Grundlagen einer erfolgreichen Land- und Forstwirtschaft und werden von uns gefördert. Wir stehen der Agrarforschung offen gegenüber, um Tierhaltung und Landnutzung sowie effizienten Ressourceneinsatz weiter zu verbessern. Innovative Methoden der Pflanzenzüchtung und die Digitalisierung leisten zudem einen wichtigen Beitrag sowohl zur Ernährungssicherung als auch zur Energiesicherheit. Ein ideologiefreier, aber nicht sorgloser Umgang mit neuen Techniken ist für uns daher selbstverständlich.

Die Wälder unseres Landes erfüllen wichtige Funktionen für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Sie schützen Wasser, Boden und Luft, sie erhalten biologische Vielfalt, ermöglichen Erholung und sind mit Holz als bedeutender regionaler Ressource ein starker Wirtschaftsfaktor. Der Schutz und der Erhalt der Wälder ist für uns daher sehr wichtig.

Um für den Wald nachhaltig zu sorgen, bedarf es eines angemessenen Wildbestandes, der über die Jagd reguliert werden muss. Die Jagd ist untrennbar mit unserer Kulturlandschaft verbunden. Dabei erbringen die Jäger Leistungen im Interesse des Allgemeinwohls, nicht zuletzt im Arten- und Biotopschutz.

Verkehr

Mobilität ist die Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung und ein attraktives Lebensumfeld. Eine leistungsfähige, ressourcenschonende Infrastruktur ist die Voraussetzung dafür, dass die Menschen gern in unserem Land leben und arbeiten. Mecklenburg-Vorpommern besitzt durch seine zentrale Lage zwischen der Ostsee und den Metropolen Hamburg, Berlin und Stettin großes Potenzial als Logistik-Drehscheibe, als Standort für verarbeitendes Gewerbe und als attraktiver Wohnstandort im Umfeld der angrenzenden Zentren. Zugleich führen veränderte Lebens- und Konsumgewohnheiten, die von zunehmendem Online-Handel und hoher beruflicher wie privater Mobilität geprägt sind, zu weiterwachsendem Verkehrsaufkommen.

Der Erhalt und der bedarfsgerechte Ausbau von Straßen und Schienenwegen, von Häfen und Radwegen ist daher eine zentrale Aufgabe, um wirtschaftliche und soziale Chancen für unser Land und unsere Einwohner in allen Regionen gleichwertig zu sichern. Ausreichende und systematische Investitionen in die Infrastruktur haben für uns Priorität – unabhängig ob es sich um Bundes-, Landes- oder kommunale Verantwortlichkeit handelt. Die Bereitstellung ausreichender Mittel unterstützen wir daher ebenso wie die vorausschauende Planung baureifer Bundesfernstraßen-Projekte.

Die Struktur unseres Landes stellt uns dabei vor besondere Herausforderungen: Wir ermöglichen leistungsfähige Pendlerverbindungen in die großen Städte sowie angrenzenden Metropolen und sichern die Mobilität im ländlichen Raum. Der öffentliche Verkehr auf Straße und Schiene ist ein wichtiger Baustein, um Wohnen und Arbeiten in allen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns attraktiv zu erhalten.

Moderne Mobilität bedeutet Verkehr neu zu denken und dabei Infrastruktur, digitale Technik und innovativen Verkehrslösungen zu verknüpfen. Dazu zählen neben der Förderung alternativer Fahrzeugantriebe und der entsprechenden Infrastruktur auch flexible ÖPNV-Angebote sowie innovative Mobilitätslösungen wie etwa Car-Sharing-Angebote oder Logistikdrohnen. Wir sehen autonomes Fahren als wichtiges Element, um in der Zukunft besonders in dünnbesiedelten Regionen Mobilität zu ermöglichen, und fördern die Erprobung in unserem Land.

Die maritime Wirtschaft und der Tourismus sind für unser Land grundlegende Wirtschaftszweige. Der see- und landseitige Ausbau der Häfen sowie deren Hinterlandanbindung sind für uns deshalb essentiell, um deren Attraktivität im Wettbewerb mit anderen Regionen zu erhalten. Dies betrifft sowohl die Verladung von Gütern als auch den Fährverkehr und den Tourismus. Den Ausbau der Radwege in Mecklenburg-Vorpommern treiben wir weiter voran, da diese ein wichtiger Teil der Verkehrsinfrastruktur für Einwohner und Touristen sind.

Die wachsende Mobilität darf jedoch nicht zulasten der Gesundheit und der Sicherheit der Menschen gehen. Den täglichen Verkehr und den Ausbau der Infrastruktur so umwelt- und ressourcenschonend wie möglich zu gestalten, ergibt sich für uns aus dem Gebot der Bewahrung der Schöpfung. Wir wollen darüber hinaus die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer weiter verbessern. Wir orientieren uns dabei vor allem an den Hauptunfallursachen sowie den entsprechenden Risikogruppen.

Unsere Heimat Mecklenburg-Vorpommern

In Mecklenburg-Vorpommern sind wir zu Hause, das Land ist unsere Heimat. Wir erinnern an die Geschichte der Landesteile, bewahren Traditionen und Brauchtum und leben die regionale Identität. Wir sind Nord- und Ostdeutsche, Bundesbürger und Europäer. Die Geschichte des Nordostens zeigt, dass Frieden und Freiheit nicht selbstverständlich sind, Aufarbeitung und Erinnerung helfen uns dabei, dies nie zu vergessen und dieses Erbe unserer Heimat, als Gedanken an die nächsten Generationen weiterzugeben.

34. Wir achten und bewahren die Traditionen und das Brauchtum unserer Heimat!
35. Wir gedenken der Opfer von Unrecht und Diktatur und stellen uns gegen jede Art von Verharmlosung und Extremismus!
36. Wir erinnern an den Mut der Menschen, den Drang zur Freiheit und bewahren diese Werte für nachkommende Generationen!

Mecklenburg-Vorpommern blickt auf eine wechselvolle und prägende Geschichte. Tiefgreifende Umbrüche und Veränderungen sind wesentliche Merkmale der Historie von Mecklenburg und Pommern. Beide Landesteile haben dabei ganz eigene Entwicklungen genommen und dennoch viele Parallelen aufzuweisen. Während Mecklenburg durch seine Herzogtümer gekennzeichnet war, prägte Pommern stärker der preußische Einfluss. Auch schwedische Herrschaftsphasen, die Hanse als Handelsverbund, die christliche Ausprägung nach den zivilisatorischen Anfängen der Slawenzeit sowie stetige Bevölkerungswanderungen haben Spuren hinterlassen, genauso wie die zeitgeschichtlich

jüngeren Gewalt- und Diktaturerfahrungen. Nach dem menschenverachtenden nationalsozialistischen Regime wurden die Hoffnungen der Menschen, frei und demokratisch leben zu dürfen, durch die SED-Diktatur in der realsozialistischen DDR erneut im Keim erstickt. Wir wissen daher, dass Freiheit keine Selbstverständlichkeit ist. Als Garant der Menschenwürde war sie durch zwei Diktaturen des 20. Jahrhunderts verletzt und im Kern bedroht. Trotzdem ist es gelungen, die Fesseln der Unfreiheit zu lösen und die Mauern zu durchbrechen. Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern, auch aus unserer Partei, haben daran ihren Anteil oder haben sich gegen Unrecht aufgelehnt, wie beispielsweise Siegfried Witte. Wir alle können stolz sein auf diese Geschichte und sollten immer wieder daran erinnern.

Der unvergleichliche Charakter unseres Landes entstand durch jahrhundertelange Kultivierung, die ihren Ausdruck in schönen Dörfern, prächtigen Schlössern sowie hunderten imponierenden Herrenhäusern und Gutsanlagen findet. Die Kathedralen der Backsteingotik, Klöster und zahlreiche Dorfkirchen erzählen unsere Landesgeschichte und zeigen die christliche Verwurzelung. Die traditionsreichen Hanse- und Universitätsstädte repräsentieren den bis heute anhaltenden Geist hanseatischer Kaufmannstraditionen, Bildungsstreben und Weltoffenheit.

Unser noch junges Bundesland kann mit Stolz auf die Lebensleistungen der Menschen heute wie damals schauen. Die Überwindung zweier einschneidender Diktaturen und der schwierige Aufbau- und Findungsprozess nach der Friedlichen Revolution 1989 und der Wiedervereinigung 1990 haben Mecklenburgern und Vorpommern Enormes abverlangt. Das geeinte Deutschland und das neue Mecklenburg-Vorpommern als eines von 16 Bundesländern bedeuteten zuallererst Freiheit, Frieden und Demokratie. Für nicht wenige folgten aufgrund der maroden DDR-Wirtschaft und anderer politischer Hinterlassenschaften Arbeitslosigkeit, umfassende Neuorientierung und soziale Veränderungen. Der komplizierte Transformationsprozess wurde gemeistert, das Leben der Menschen hat sich trotz großer Herausforderungen nachweisbar verbessert. Dennoch haben die tiefgreifenden Erneuerungen bis heute auch Spuren bei den Menschen hinterlassen. Aus dieser Erkenntnis heraus bleibt es eine fortwährende Aufgabe, die Interessen des Landes mit Nachdruck auf allen Ebenen zu vertreten.

Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern hat nach ihrer Neupositionierung 1990 Regierungsverantwortung übernommen und wegweisend Entwicklungen mitbestimmt. Zugleich halfen Christdemokraten allorts, den demokratischen Neuanfang zu organisieren und politische Akzente zu setzen. Insbesondere auf der kommunalen, aber auch auf der landespolitischen Ebene war es die CDU, die nicht nur gestaltete, sondern integrierend wirkte: Frauen und Männer, Menschen aus Ost- und Westdeutschland, Protestanten und Katholiken, Liberale, Konservative und Christsoziale identifizierten sich fortan mit dem Leitbild des christlichen Menschenbildes und den Überzeugungen der CDU.

Unsere Gesellschaft basiert auf freiheitlich-abendländischen Grundfesten. Der christlich-jüdische Wertekanon ist die Basis allgemeingültiger Regeln und Alltagsgepflogenheiten – auch außerhalb religiöser Bezüge. Wir stellen den selbstbestimmten Menschen in den Fokus, der in der Gemeinschaft verankert ist und der vor der Verordnung von kollektiven Lebensentwürfen verschont werden muss.

Gleichberechtigung, freie Meinungsäußerung und die Anerkennung anderer Lebensentwürfe sind die Garanten für ein friedliches Miteinander. Individuelle Freiheit findet dort ihre Grenze, wo sie die Freiheit anderer einschränkt. Aus dieser Überzeugung haben Mitglieder der CDU die Geschicke in weiten Teilen des Landes mitgestaltet und

mitbestimmt. Die CDU hat federführend und in Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften im Nordosten Deutschlands wegweisende Akzente gesetzt. In erster Linie sind dadurch Rahmenbedingungen entstanden, in denen die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern mit ihrer Schaffenskraft, ihrem Wissen, ihrem Willen und ihrer Kreativität das heutige Bundesland aufbauten und entwickelten.

Heute blicken wir auf die in neuem Glanz erstrahlenden Dörfer und Städte, eine atemberaubende Natur mit einer einmaligen Seenlandschaft, Wäldern, Wiesen und der wunderschönen Ostseeküste. Eine moderne Landwirtschaft, innovative Unternehmen auf dem Land und in den Städten, Universitäten und starke Häfen sowie ein international nachgefragter Tourismus sind nur einige Beispiele des Wirtschaftsstandortes Mecklenburg-Vorpommern, der gute Arbeitsplätze garantiert und Zukunftschancen für die Menschen bereithält. Mit den beiden ältesten Universitäten Rostock und Greifswald in Norddeutschland und im gesamten Ostseeraum gehören Forschung und Lehre jeher zum Bewusstsein unseres Landes. Ergänzt durch die modernen Hochschulstandorte in Wismar, Stralsund und Neubrandenburg sowie leistungsstarker Forschungsinstitute bietet die Wissenschaftslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern heutzutage eine breite und bedeutende Basis für Forschung und Entwicklung. Hieraus erwächst ein anspruchsvoller Wissenstransfer für die Industrie, die Wirtschaft und die Gesellschaft.

Unsere Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen, dem Erleben unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Systeme und herausfordernden Neuanfängen, hat den Stolz auf die Heimat zu keinem Zeitpunkt erschüttern lassen. Die heutigen Generationen blicken mit Hochachtung, Anerkennung und Respekt auf die Leistungen der Menschen, die vor ihnen lebten. Zugleich werden Traditionen und Brauchtümer wieder neu entdeckt und gepflegt. Ob die besondere Form des Plattdeutschen, die Wertschätzung von Heimat- und Kulturvereinen oder die Rückbesinnung auf Tugenden der Hanse: die Mecklenburger und Vorpommern bekennen sich zu ihrer Geschichte, ihrer Heimat und ihren Traditionen. Wir stehen zu den Wurzeln des Landes und sehen es als politisches Selbstverständnis an, Traditionen, Bräuche und die Landeskultur zu pflegen und in der Gegenwart zu stärken. Diese Grundüberzeugungen müssen auch im digitalen Zeitalter Bestand haben und trotz gesellschaftlicher Veränderungen als Fundament bestehen bleiben. Wir verstehen uns als integrierende Heimatpartei.

Das Ehrenamt als wesentlicher Stützpfeiler jener Traditions- und Heimatarbeit verdient die besondere politische Würdigung und Unterstützung. Wir wollen diesen Anspruch in unserem politischen Wirken konsequent beachten und umsetzen.

Die Geschichte des Landes ist auch eng mit Migrationsprozessen und Wanderungsbewegungen verbunden. Schon im 19. Jahrhundert verzeichnete das Territorium des heutigen Mecklenburg-Vorpommerns mit die höchste Wanderungsrate in Europa. Diese Entwicklung musste zunächst auch im 20. Jahrhundert konstatiert werden. Durch die Schicksale vieler Menschen in den alten Ostgebieten, die durch den sowjetischen Vormarsch zum Ende des Zweiten Weltkrieges ihre Heimat verloren, entstand nach 1945 ein rasanter Bevölkerungsanstieg. Eine erneute Fluchtwelle aus der Sowjetischen Besatzungszone bzw. aus der DDR konnte durch die SED-Diktatur erst ab 1961 durch den Bau der Mauer und die Errichtung der Grenzanlagen unterbunden werden. Diese historischen Erfahrungen haben die Menschen auf dem heutigen Gebiet Mecklenburg-Vorpommerns im Umgang mit Flucht und Integration auf schicksalshafte Art und Weise vertraut gemacht.

Mecklenburger und Vorpommern sind bereit, Menschen, die von Krieg und Gewalt bedroht sind, zu helfen und zu integrieren. Zugleich muss zum Gelingen dieses Prozesses

vorausgesetzt werden, dass der prägende Glaube des Christentums, unsere Traditionen und Wertvorstellungen anerkannt und respektiert werden. Wir bekennen uns zu diesen Grundsätzen. Zudem muss stets zwischen politischem Asyl und Fragen der Zuwanderung differenziert werden.

Ein offenes Bekenntnis zu Traditionen fördert die Akzeptanz anderer Kulturen und damit die Integration. Eine Relativierung bewirkt das Gegenteil und ist nicht hinnehmbar. Unter Heimat verstehen wir nicht einen Begriff der Enge sondern der Tiefe. Sie ist das, was jeder Mensch erfährt, kein Konzept, sondern das Eigentliche und Nahe, das Fundament der Identität. Patriotismus im eigentlichen Sinne bedeutet Liebe zur eigenen Kultur und Respekt und Offenheit für andere. So können sich die Menschen zugleich als Mecklenburger, Vorpommern, Deutsche und Europäer fühlen.

Die Menschen unserer Heimat stehen im Mittelpunkt unseres Handelns und in der CDU finden wir selbst eine politische Heimat. Als Volkspartei hat die CDU für Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland und Europa viel erreicht. Dieser Tradition sind wir uns bewusst und wir fühlen uns ihr verpflichtet, wenn wir gemeinsam den Aufgaben der Zukunft begegnen.

Anlagen

A: Mitglieder der Arbeitsgruppe zum Grundsatzprogramm

Funktion	Name	Vertretene Organisation
Vorsitz	Eckhardt Rehberg	stellv. Landesvorsitzender (LRO)
Redaktion	Vincent Kokert	Landesvorsitzender (MSE)
	Wolfgang Waldmüller	Generalsekretär CDU MV (LUP)
Beisitzer	Martina Liedtke	stellv. Landesvorsitzende (VR)
	Dr. Sascha Ott	stellv. Landesvorsitzender (VG)
	Dietrich Monstadt	Landesvorsitzender der MIT (SN)
	Kurt Schanné	Kreisverband Schwerin
	Matthias Crone	Kreisverband Landkreis Rostock
	Dr. Stephan Bunge	CDU Landesvorstandsmitglied (MSE)
	Heike Corinth	Kreisverband Vorpommern Rügen
	Dr. Heinrich Prophet	CDU Landesvorstandsmitglied (HRO)
	Chris Günther	Kreisverband Hansestadt Rostock
	Jeanette von Busse	Mitgliederbeauftragter der CDU MV (VG)
	Christiane Berg	Kreisverband Nordwestmecklenburg
	Sabine Wischer	Kreisverband Nordwestmecklenburg
	Rüdiger Naber	Kreisverband Ludwigslust Parchim
	Dietger Wille	Landesvorsitzender KPV (VG)
Karina Jens	Landes Frauen Union (HRO)	
Helga Karp	Landesvorsitzende der Senioren Union (LUP)	
Georg Günther	Landesvorsitzender der Junge Union (VR)	

B: Sitzungen der Arbeitsgruppe und Veranstaltungen zum Grundsatzprogramm

Datum	Ort	Ereignis
20.10.2017	Güstrow	Landesvorstand beruft die Mitglieder der Arbeitsgruppe zum Grundsatzprogramm
27.10.2017	Güstrow	1. Sitzung der Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung des Leitantes zum Grundsatzprogramm für den Landesparteitag
25.11.2017	Kühlungsborn	Der Landesparteitag stimmt dem Antrag zur Ausarbeitung eines Grundsatzprogrammes zu und eröffnet offiziell den Programmprozess
24.03.2018	Lalendorf	2. Sitzung der Arbeitsgruppe mit Beschluss zur Mitgliederbefragung per Online-Plattform
17.05.2018		Startschuss für Online-Plattform
17.05.2018	Rostock	Diskussionsveranstaltung „Werte im Wandel? - Digitalisierung als Herausforderung für Politik und Gesellschaft“ mit Staatsministerin Dorothee Bär, MdB
29.06.2018	Lalendorf	3. Sitzung der Arbeitsgruppe mit Beschluss zur Erstellung von thematischen Diskussionspapieren in Untergruppen der AG
24.08.2018	Stralsund	Diskussionsveranstaltung „Werte im Wandel? - Zukunftsperspektiven der Gesundheitsversorgung“ mit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, MdB
14.09.2018	Güstrow	4. Sitzung der Arbeitsgruppe mit Diskussion der Entwürfe der thematischen Papiere aus den Untergruppen der AG
03.11.2018	Güstrow	5. Sitzung der Arbeitsgruppe mit Beschluss der finalen Diskussionspapiere für Regionalveranstaltungen
03.12.2018	Güstrow	Information des Landesvorstandes über Fortschritt und Diskussionspapiere
08.01.2019	Güstrow	Formale Annahme der Diskussionspapiere durch den Landesvorstand

19.01.2019	Rostock	Bericht des AG-Vorsitzenden auf dem Landesparteitag und Startschuss der Regionalveranstaltungen zur Mitgliederdiskussion
28.01.2019	Güstrow	Regionalkonferenz zur Mitgliederdiskussion „Auf dem Weg zu unserem Grundsatzprogramm“ im Landkreis Rostock
19.02.2019	Neustrelitz	Regionalkonferenz zur Mitgliederdiskussion „Auf dem Weg zu unserem Grundsatzprogramm“ im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte
05.03.2019	Liepen	Regionalkonferenz zur Mitgliederdiskussion „Auf dem Weg zu unserem Grundsatzprogramm“ im Landkreis Vorpommern-Greifswald
07.03.2019	Stralsund	Regionalkonferenz zur Mitgliederdiskussion „Auf dem Weg zu unserem Grundsatzprogramm“ im Landkreis Vorpommern-Rügen
12.03.2019	Grevesmühlen	Regionalkonferenz zur Mitgliederdiskussion „Auf dem Weg zu unserem Grundsatzprogramm“ im Landkreis Nordwestmecklenburg
20.03.2019	Schwerin	Regionalkonferenz zur Mitgliederdiskussion „Auf dem Weg zu unserem Grundsatzprogramm“ in Schwerin
26.03.2019	Spornitz	Regionalkonferenz zur Mitgliederdiskussion „Auf dem Weg zu unserem Grundsatzprogramm“ im Landkreis Ludwigslust-Parchim
02.04.2019	Rostock	Regionalkonferenz zur Mitgliederdiskussion „Auf dem Weg zu unserem Grundsatzprogramm“ in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock
03.04.2019	Schwerin	Beginn der Sichtung der Protokolle aller Regionalkonferenzen durch die Redaktionsgruppe
19.04.2019	Schwerin	Übergabe der Ergebnisprotokolle an die Untergruppen der AG zur Erweiterung der Papiere
13.05.2019	Schwerin	Rückmeldung aus den Untergruppen und Erstellung des ersten Entwurfs in der Redaktionsgruppe
11.06.2019	Güstrow	6. Sitzung der Arbeitsgruppe mit Erarbeitung des ersten Entwurfs des GSP
21.06.2019	Rostock	Landesvorstandssitzung mit Bestätigung des ersten Entwurfs

Juli – August 2019		Der vom Landesvorstand beschlossene erste Entwurf geht zur Diskussion in die Parteigliederungen
01.09.2019		Sichtung der Anregungen aus der Diskussion und Erarbeitung eines 2. Entwurfs
17.09.2019	Güstrow	7. Sitzung der Arbeitsgruppe mit Verabschiedung des zweiten Entwurfs des Grundsatzprogramms
27.09.2019	Güstrow	Landesvorstandssitzung mit Bestätigung des zweiten Entwurfs und Antragsstellung an den 35. Landesparteitag
29./30.11.2019	Binz	35. Landesparteitag der CDU MV (Ausprache und Beschlussfassung)